Kernworte Bismarcks

1847—1885.

Festgabe

zur

Jubelfeier des Reichskanzlers.

Leipzig.

Verlag von J. G. Findel.

1885.

Kernworte Bismarcks.

Kernworte Bismarcks

1847—1885.

Festgabe

zur

Jubelfeier des Reichskanzlers.

Leipzig.
Verlag von J. G. Findel.
1885.

Vorwort.

Zur Jubelfeier des Reichskanzlers, welche überall begangen wird, wo deutsche Gesinnung lebt, kann wohl nichts einen würdigeren und nützlicheren Beitrag liefern, als ein dauerndes Merkzeichen der genialen Einsicht, Willens- und Thatkraft des großen Staatsmannes, dem wir die Erhebung aus dem Elend des Bundestags und die Wiederaufrichtung des Reiches zu allermeist zu verdanken haben. In der vorliegenden Sammlung Bismarck'scher Kernworte hat der Herausgeber versucht, aus der öffentlichen Wirksamkeit des Jubilars solche Aeußerungen desselben vorzuführen, welche die Eigenart seines Wesens, die Beweggründe, Auffassungen und Zielpunkte seiner Bestrebungen und Handlungen in besonders treffender Weise kennzeichnen. Bemüht, eine von vorüberziehenden Schatten nicht getrübte Klarheit seines Lebensbildes zu erreichen und nur denjenigen Bismarck hervortreten zu lassen, welcher jedem echten Deutschen werth und theuer ist, hat der Herausgeber bei seiner Auswahl auf manche Kraftworte ver-

zichtet, in denen der politische Kämpfer in der Hitze des Gefechtes gegen widerstrebende Parteien und deren parlamentarische Vertreter zuweilen vielleicht über die Schnur hieb, und hat sich, soweit eine Abweichung von dieser Regel nicht aus Rücksicht auf die Bedeutung eines „geflügelten Wortes“ nothwendig war, das man bei einem Charakterbilde des Kämpfers ungern vermissen würde, auf solche Aeußerungen desselben beschränkt, welche, über den Gegensatz der Parteistandpunkte und Fractionslosungen hoch emportragend, den wahrhaft nationalen Politiker und die bewegenden Triebfedern seiner erleuchteten Staatskunst erkennen lassen. Wird dadurch einerseits das geistige Bild des großen Staatsmannes in seinen wesentlichen Zügen richtig dargestellt, so gewinnen wir anderseits, da sein Dichten und Trachten stets auf die Einigung und Macht, die Wohlfahrt und Größe des Vaterlandes gerichtet war, in seinen Aussprüchen eine reiche Fundgrube, ein wahres Schatzkästlein deutscher Realpolitik, deren geistschärfende und herzstärkende Lehren als beste Arzenei zu der so wünschenswerthen Gesundung unserer politischen Zustände beitragen können. In dieser Richtung würde die Verbreitung dieses kleinen Buches unserer Nation in weitesten Kreisen gewiß zum Segen gereichen.

Bismarcks Lebenslauf.

Der deutsche Reichskanzler, Se. Durchlaucht Fürst von Bismarck, Präsident des königlich preußischen Staatsministeriums, königl. preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Minister für Handel und Gewerbe, königl. preußischer General der Cavallerie à la suite des Magdeburgischen Kürassierregiments Nr. 7 und Chef des Magdeburgischen Landwehrregiments Nr. 26, Erboberjägermeister im Herzogthum Pommern, erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses und Ehrendoctor der Universität Halle, Ritter zahlreicher (46) höchster und hoher Orden u. s. w. stammt aus einem altadeligen preußischen Geschlechte, welches durch ihn zu höherem Rang emporstieg.

Otto Eduard Leopold von Bismarck-Schönhausen wurde auf dem Familiengute Schönhausen in der Altmark (Provinz Sachsen, Regierungsbezirk Magdeburg) am 1. April 1815 geboren. Der Vater war Officier gewesen und hatte als Rittmeister seine Entlassung genommen, um seine Güter selbst zu bewirthschaften; die Mutter war eine Tochter des preußischen Cabinetsraths Mencken. Von fünf Geschwistern Otto's starben drei als Kinder; der ältere Bruder Bernhard ist jetzt Kammerherr, Geheimer Regierungsrath und Landrath des Kreises Naugard in Pommern, die jüngere Schwester Malwine die Gemahlin des Kammerherrn und Herrenhausmitgliedes von Arnim auf Kröchlendorff bei Boitzenburg.

Otto von Bismarck verbrachte seine Schuljahre in Berlin, anfangs in der Plamannschen Erziehungsanstalt, später im Hause des

Professors Bonnell. Er besuchte das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und das Gymnasium zum Grauen Kloster. Im Jahre 1832 bezog er die Universität Göttingen, um sich — ein flotter Corpsstudent — der Rechtswissenschaft zu widmen. 1835 — am 4. Juni — trat er als Auscultator beim Stadtgericht Berlin in den Staatsdienst, dem er jedoch vorläufig nur wenige Jahre angehörte: 1836 als Referendar bei der Regierung in Aachen, 1837 in Potsdam, wo er seinen Militärdienst als Freiwilliger im Gardejägerbataillon begann. Im nächsten Jahre ließ er sich in das Jägerbataillon zu Greifswald versetzen, um die landwirthschaftliche Akademie Eldena besuchen zu können, und schon 1839 übernahm er gemeinschaftlich mit dem älteren Bruder die Bewirthschaftung des Familiengutes Kniephof, 1845 nach dem Tode des Vaters als Eigenthümer Kniephof und Schönhausen. Auf letzterem Gute nahm er nun seinen Wohnsitz und bald wurde er von seinen Kreisgenossen zum Deichhauptmann und zum Mitgliede des sächsischen Provinziallandtags, 1847 auch in den Vereinigten Landtag zu Berlin gewählt, womit seine öffentliche Thätigkeit begann. Am 28. Juli 1847 vermählte sich Herr von Bismarck-Schönhausen mit Johanna von Puttkamer (geb. 11. April 1824), der Tochter eines Rittergutsbesitzers, die ihm in glücklicher Ehe drei Kinder gebar: eine Tochter Marie (jetzt Gräfin von Rantzau) und die beiden Söhne Herbert (jetzt Gesandter im Haag und zur Dienstleistung ins Auswärtige Amt zu Berlin berufen) und Wilhelm (jetzt Regierungsrath in der Reichskanzlei).

Aus der Wirksamkeit als Abgeordneter, welche Bismarck in der preußischen zweiten Kammer bis 1851, dazwischen auch im Erfurter Parlament, fortsetzte, wurde er von der Regierung zum diplomatischen Dienste berufen, indem er beim Wiederaufleben des Bundestags im Mai 1851 zum ersten Secretär der preußischen Gesandtschaft in Frankfurt am Main, schon im August desselben Jahres zum wirklichen Bundestagsgesandten ernannt wurde. In dieser acht Jahre lang von ihm bekleideten Stellung, die ihn vorzugsweise zum Kampfe gegen die damals auf Preußens Niederhaltung gerichtete Politik Oesterreichs drängte, entwarf der preußische Diplomat die Grundzüge jenes

nationalen Programms, dessen Ausführung seit dem Jahre 1862 die Zeitgenossen, anfangs mit überwiegender Verkennung, Mißtrauen und Abneigung, allmählich immer mehr anerkennend und zustimmend, zuletzt in großer Majorität voll Vertrauen und in hingebendem Anschluß mit Bewunderung erlebt und verfolgt haben.

Von Frankfurt aus war Bismarck zunächst im Jahre 1859 als Gesandter nach St. Petersburg, wo er die Beziehungen zu dem slawischen Nachbarreiche zu befestigen verstand, sodann im Sommer 1862 für kurze Zeit nach Paris an den Hof Napoleons III. versetzt worden. Auf diese Weise war er auch durch persönliche Erfahrung aufs gründlichste mit der maßgebenden Politik der Großmächte vertraut, als er von König Wilhelm am 24. September 1862 zum preußischen Staatsminister, am 8. des nächsten Monats bereits zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen berufen wurde.

Auf diesem Posten warteten seiner große Aufgaben. Der König hatte mit dem Kriegsminister v. Roon eine neue Militärorganisation ins Leben gerufen, durch welche Preußen zur Erfüllung seiner politischen Mission als Großmacht vollkommen befähigt werden sollte, aber die nach constitutionellem Budgetrecht erforderliche Zustimmung der Volksvertretung hatte die neue Einrichtung mit ihren vermehrten finanziellen Lasten noch nicht gefunden. In scharfem Conflicte mit dem Abgeordnetenhause galt es die verbesserte Organisation gegen alle politischen Schwierigkeiten und Hindernisse sicher zu stellen, und Bismarcks thatkräftiger Patriotismus zauderte nicht, den bedenklichen Kampf aufzunehmen und mit voller Kraft durchzuführen; war er sich ja — was bei den Volksvertretern freilich nicht möglich war — durch sein Einverständniß mit dem Könige der Ziele einer Politik bewußt, die nöthigen Falles nur mit Blut und Eisen zu verfolgen war.

Vorerst wurde noch im Verein mit Oesterreich, auf ganz anderem als dem von der Volksmeinung und den Kleinstaaten im Bunde vorgezeichneten Wege, das deutsche Recht auf Schleswig-Holstein durch Besetzung der Herzogthümer und Vertreibung der Dänen zur Geltung gebracht und durch Bismarcks diplomatische Kunst der Einspruch fremder Mächte ferngehalten. Als sodann bei der weiteren Auseinandersetzung

mit Oesterreich die deutsche Hegemonie- und Verfassungsfrage zur endlichen Entscheidung drängte, welche der Vertrag von Gastein nur für kurze Zeit aufzuhalten vermochte, konnte Bismarck den König von der Nothwendigkeit des Bruches mit Oesterreich und dem bisherigen deutschen Bundesverhältnisse überzeugen. Trotzdem, daß der Widerstand gegen die Politik des leitenden Ministers im Abgeordnetenhause und in der öffentlichen Meinung bis zur letzten Entscheidung fortdauerte — selbst das Blind'sche Attentat gegen das Leben Bismarcks am 7. Mai 1866 brachte nur theilweise einen Umschwung in der Volksstimmung hervor — wurde der Krieg gegen Oesterreich und dessen mittel- und kleinstaatliche Verbündete muthvoll erklärt und eröffnet. Der ungemein rasche und glückliche Verlauf dieses hoffentlich letzten deutschen Bruderkrieges bewährte nicht allein die Vortrefflichkeit des reorganisirten preußischen Heeres, sondern auch die überlegene Staatskunst des kühnen preußisch-deutschen Staatsmannes, und als König Wilhelm nach dem Rathe Bismarcks nach dem Tage von Königgrätz sich mit dem Ausschlusse der bisherigen deutschen Vormacht aus dem Bunde und neben der Einverleibung Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts den andern deutschen Bundesstaaten gegenüber mit mäßigen Friedensbedingungen begnügte und nach der siegreichen Heimkehr nun auch Bismarck durch sein constitutionelles Verfahren in der Indemnitätsfrage für Preußen, wie durch die ernstliche Wiederaufnahme seines bereits vor dem Kriege angekündigten Verfassungsplanes für Deutschland über Wesen und Ziele seiner nationalen Politik keinen Zweifel mehr ließ, — da wandten sich, wie von schwerem Alp befreit, nicht allein in Preußen, sondern bald auch im übrigen Deutschland die nationalgesinnten Elemente vertrauensvoll ihm und seinen weiteren Schritten zu.

So konnte, nachdem die Staaten südlich von der Mainlinie mit Preußen geheime Bündnißverträge abgeschlossen hatten, die weit überwiegende Ländergruppe Deutschlands zum Norddeutschen Bunde verfassungsmäßig geeinigt und neben dem Norddeutschen Reichstag zu hoffnungsreichem Ausblick auf die Vollendung des nationalen Einigungswerkes zunächst wenigstens für die wirthschaftliche Gemein-

schaft auch mit den Südstaaten das Zollparlament eröffnet werden. Bismarck, schon nach dem Vertrage von Gastein am 14. August 1865 von seinem dankbaren Könige in den Grafenstand erhoben, wurde am 14. Juli 1867 zum Kanzler des Norddeutschen Bundes ernannt; seine Ministerposten für Preußen behielt er bei.

Die Ergänzung des Nationalstaates, die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches wurde bekanntermaßen durch französischen Uebermuth, welcher im Juli 1870 zum Kriege Alldeutschlands unter Preußens Leitung gegen Frankreich führte, und durch Bayerns und der übrigen süddeutschen Staaten bereitwilligen Anschluß erleichtert; indessen blieb für den leitenden Staatsmann auch bei den Verhandlungen mit der französischen Regierung wie bei den Verträgen mit den Bundesgenossen südwärts vom Main, namentlich bei der Feststellung der mit der militärisch-politischen Einheit Deutschlands verträglichen Reservatrechte ein schweres Stück Arbeit, das er aber mit erprobter Meisterschaft noch im Kriegslager in Frankreich, wohin er wie 1866 seinem Könige gefolgt war, glücklich bewältigte. Graf Bismarck, am 22. März 1871 in den Fürstenstand erhoben, wurde mit der Erweiterung des norddeutschen Bundes zum deutschen Reiche — der erste deutsche Reichskanzler.

Selbstverständlicher Weise hatte es dem erfolgreichen Minister des königlichen Bundespräsidenten und Bundesoberfeldherrn, welcher mit der Vollendung des Reiches deutscher Kaiser geworden war, an Anerkennung und Auszeichnungen von allen Seiten nicht gefehlt. Die lange Reihe der ihm von seinem Monarchen, von Fürsten und Regenten deutscher und fremder Staaten verliehenen hohen und höchsten Orden aufzuführen, können wir füglich unterlassen. Aber auch das preußische und deutsche Volk bewies sich ihm dankbar. Der preußische Landtag hatte ihm bereits 1866 eine Dotation bewilligt, womit das Gut Varzin in Pommern erworben wurde, das seitdem des Fürsten Lieblingsaufenthalt geworden, und am 24. Juni 1871 erhielt der Fürst als weiteren Nationaldank in dem 1866 für Preußen erworbenen Herzogthum Lauenburg das Waldgut Friedrichsruh, welches ihm seitdem auch oft zur Sommerfrische dient.

Bei den umfassenden Gesetzgebungsarbeiten des Norddeutschen Bundes und in den ersten sechs Jahren des neuen Reiches hatte sich der Kanzler einer wesentlichen Unterstützung durch die damals weitverbreitete und von trefflichen Parlamentariern geführte nationalliberale Partei zu erfreuen. Die im Reichstage den Ausschlag gebende Stellung derselben hatte die großen Reformen auf wirthschaftlichem, staats- und strafrechtlichem Gebiete, sowie bei der neuen Gerichtsverfassung und in Preußen bei den Gesetzen über die Abgrenzung der Rechte des Staates gegenüber der Kirche kräftig gefördert. War dabei vielleicht in einzelnen Punkten der liberalen Doctrin zu viel eingeräumt, so war der verfassungsmäßigen Correctur bei reiferer Erfahrung der Weg nicht verschränkt. Indeß erhob gegen die kirchenpolitischen Gesetze der in Deutschland leider nur wenig nationalgesinnte römisch-katholische Klerus mit der von ihm beherrschten ultramontanen Partei sofort den leidenschaftlichsten Widerstand und richtete denselben nicht allein gegen den preußischen Cultusminister, sondern auch gegen den Reichskanzler, welchem die Hauptschuld an der angeblichen Verfolgung der katholischen Kirche zugeschrieben wurde. Selbst als Falk aus der Regierung ausgeschieden und in Preußen jedes staatlich mögliche Entgegenkommen gegen berechtigte Wünsche der Kirche bethätigt war, fuhr die klerikale Partei im Bunde mit vaterlandsfeindlichen und schroff oppositionellen Elementen in ihrem Kampfe gegen den Kanzler fort, demselben die Führung der Staatsgeschäfte nach Möglichkeit zu erschweren. Daß ein katholischer Fanatiker (Kullmann) auf den Fürsten während einer Kur in Kissingen am 13. Juli 1874 ein zweites Attentat verübte, gehört zu den traurigsten Zwischenfällen des „Culturkampfes".

Fürst Bismarck war bis zur zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit der Einrichtung und Festigung des Reiches wie mit der Wahrung desselben vor auswärtigen Gefahren so ausschließend beschäftigt gewesen, daß er erst nach dem Ausscheiden Delbrücks aus dem Präsidium des Reichskanzleramtes bei den drohenden Anzeichen wirthschaftlichen Rückganges dazu kam, sich eingehender mit den Reichsfinanzen und der Zoll-, Steuer- und Handelspolitik zu befassen. Die

Folge der Studien und Erfahrungen des Reichskanzlers auf diesem Gebiete war der Uebergang zu einem System des Schutzes der nationalen Arbeit und Production, welches durch den Zolltarif von 1879 inaugurirt und seitdem weiter ausgebildet wurde, sowie die Anbahnung einer Steuerreform, welche die directen, geringes Einkommen und Grundbesitz allzusehr belastenden Steuern zu vermindern und die steigenden Staatsausgaben durch leichter aufzubringende indirecte Steuern zu decken sucht.

Das höchste Verdienst um eine gründliche Hebung der socialen Mißstände erwirbt sich der Reichskanzler durch seine unter dem Banner der Socialreform seit 1881 eröffnete Wohlfahrtspolitik, deren wahrhaft humaner Zweck es ist, die arbeitenden Klassen in eine Lage zu bringen, in welcher sie, gegen die bisher fast erdrückenden und entwürdigenden Folgen von Unfall, Krankheit und Altersschwäche gesetzlich gesichert, sich einer befriedigenden Lebenshaltung sollen erfreuen können. Der socialdemokratischen Propaganda wird auf diesem Wege durch positive Leistungen die Berechtigung genommen und der bürgerlichen Gesellschaft wie dem Staatsleben der untergrabene Boden einer dauerhaften Friedensordnung durch solide Grundlagen befestigt werden. Dies letzte Ideal des Reichskanzlers ist ihm um so höher anzurechnen, als er demselben seine durch langjährige Ueberanstrengung und eine dadurch herbeigeführte mehrjährige Leidenszeit geschwächten Kräfte, die erfreulicher Weise im letzten Jahre durch eine glückliche Kur wenigstens zu erneuter Leistungsfähigkeit gehoben wurden, mit Jugendmuth im Greisenalter widmet. „Patriae inserviendo consumor“ — schrieb der Fürst einmal in ein Album, und der herkulische Mann darf es mit Recht von sich sagen: „Der Dienst für das Vaterland reibt mich auf“. Ein paarmal in seiner langen Ministerzeit, als ihm die verbitternden Frictionen, die seine Bestrebungen so oft erschweren, gar zu arg wurden, wollte er seine Aemter niederlegen. Die erstrebte Erleichterung seiner mehrfachen ministeriellen Belastung durch vorübergehendes Aufgeben des Ministerpräsidiums erwies sich bald als unhaltbar; eine theilweise Entbürdung wurde durch gesetzliche Regelung der Stellvertretung herbeigeführt; der Versuch aber, gänzlich aus seiner

Stellung auszuscheiden, scheiterte an seinem Pflichtgefühl gegen den kaiserlichen Herrn, der sich von seinem unersetzlichen Rathgeber und Gehülfen nicht trennen will.

Seit dem Sommer des Jahres 1884 trat noch ein neues Moment in den weiten Kreis der politischen Aufgaben des Reichskanzlers. Schon längst hatte deutscher Unternehmungsgeist und der in der Entwickelung unserer Volkskraft und unserer Gewerbsthätigkeit begründete Drang, neue Abzugs- und Absatzgebiete zu erschließen, Bremische und Hamburgische Kaufleute zu Niederlassungen in Handelsfactoreien an überseeischen Küsten getrieben. Solche Colonien mit den dazu erworbenen Gebieten unter den erbetenen Schutz des Reiches zu stellen, soweit dadurch keine fremden Rechte verletzt werden, und mit der Ausbreitung unseres Exports die deutschen Interessen überall als gleichberechtigt neben denjenigen anderer großer Culturvölker zur Geltung zu bringen, wurde vom Fürsten Bismarck als eine in Deutschlands Culturmission und Weltstellung begründete Pflicht des Reiches erkannt, und so ist denn, trotz englischen Neides und Widerspruchs, in Afrika wie in der Südsee die deutsche Flagge aufgepflanzt und der Grund zu einer deutschen Colonialmacht gelegt worden.

Gibt Bismarks Name der thatkräftigen inneren und auswärtigen Politik des neuen deutschen Reiches in erster Reihe die Signatur, so ist auch von den übrigen europäischen Mächten die eminente Staatskunst des deutschen Reichskanzlers in ihrem hohen Werthe für die Lösung internationaler Fragen gewürdigt und die Berufung von Congressen und Conferenzen unter seinem Vorsitz als das beste Mittel erkannt worden, die Ausgleichung einander widerstrebender Ansprüche und die für den Weltfrieden günstigste Entscheidung herbeizuführen. So hat Fürst Bismark auf dem Berliner Congreß von 1878 beim Friedensschlusse zwischen Rußland und der Türkei als „ehrlicher Makler" die orientalische Frage und soeben noch im Winter auf 1885 auf der Congo-Conferenz die Besitzrechte und Interessen der europäischen Seestaaten und der nordamerikanischen Union im „Schwarzen Erdtheil" der Feststellung und Ausgleichung zuzuführen gewußt. Bei seiner selbst von Frankreich anerkannten maß- und taktvollen Friedens-

politik richten sich bei internationalen Conflicten von allen Seiten die Blicke auf den deutschen Reichskanzler, von dessen überlegener Einsicht und Thatkraft die richtige Lösung vertrauensvoll erwartet wird.

So strahlendem Lichtglanze gegenüber, wie er in der gesammten Weltgeschichte nur wenige Gestalten! von Staatsmännern umfließt, sind die Schatten menschlicher Schwächen in Bismarcks Charakterbilde von geringer Bedeutung. Wenn der ititansche Kämpfer in der Hitze des parlamentarischen Gefechtes zuweilen die Grenzen desjenigen streift, was für zulässig oder doch für solcher Höhe angemessen gelten darf, so mögen die Gegner des vielfachen Unrechts gedenken, das ihm von Verkennung und Leidenschaft überreich angethan worden ist. Daß ein reformatorischer Genius auf seiner Bahn auch Anstoß geben muß, hat man noch stets und überall erfahren. Er selbst, so schroff er zuweilen auftreten mochte, hält sich doch keineswegs für unfehlbar, und über sein Leben und Wirken hat sich wohl Niemand mit geringerer Genugthuung ausgesprochen, als er selbst in Stunden ernstester Selbstprüfung gethan hat. „Ich habe an meiner politischen Thätigkeit wenig Freude und Befriedigung gehabt", sagt er in den von Busch mitgetheilten Tagebuchblättern: „Niemand liebt mich deshalb. Ich habe Niemand damit glücklich gemacht, mich selbst nicht, auch andere nicht — wohl aber viele unglücklich. Ohne mich hätte es drei große Kriege nicht gegeben, wären achtzigtausend Menschen nicht umgekommen, und Eltern, Brüder, Schwestern und Witwen würden nicht trauern Das habe ich indessen mit Gott ausgemacht. Aber Freude habe ich wenig oder gar keine gehabt an Allem, was ich gethan habe, dagegen viel Verdruß, Sorge und Mühe."

Bei Aeußerungen des Fürsten Bismarck sind wir sonst stets im höchsten Maße der Wahrheit und Richtigkeit sicher — in diesem Falle hat der große Mann, wenn er über mangelnde Liebe klagt und nur Unglück, kein Glück geschaffen zu haben meint, entschieden zu schwarz gesehen. In diesen Tagen rüstet sich Deutschland, drunten vom Ostseestrand bis hinauf zum bayerischen Hochgebirge, zu seiner Jubelfeier, und wenn auch verhetzte Römlinge und radicale Schwärmer

stumm oder schmähend zur Seite stehen: alle geistig mündigen Deutschen sprechen ihm aus vollen Herzen den Dank aus für das Gute und Große, was sie seiner glühenden Vaterlandsliebe, seiner genialen Einsicht, seiner heroischen Willens- und Thatkraft schuldig sind.

C. Pz.

Kernworte Bismarcks.

Ich bin der Meinung, daß der Begriff des christlichen Staates so alt sei, wie das alte heilige römische Reich, so alt wie sämmtliche europäische Staaten, daß er gerade der Boden sei, auf welchem diese Staaten Wurzel geschlagen haben, und daß jeder Staat, wenn er seine Dauer gesichert sehen, wenn er die Berechtigung zur Existenz nur nachweisen will, sobald sie bestritten wird, auf religiöser Grundlage sich befinden muß. Für mich sind die Worte „Von Gottes Gnaden", welche christliche Herrscher ihrem Namen beifügen, kein leerer Schall, sondern ich sehe darin das Bekenntniß, daß die Fürsten das Scepter, das ihnen Gott verliehen hat, nach Gottes Willen auf Erden führen wollen.

Vereinigter Landtag, 15. Juni 1847.

* * *

Ich möchte den Herren, die so gern ihre Ideale jenseit der Vogesen suchen, eins zur Richtschnur empfehlen, was die Engländer und Franzosen auszeichnet. Das ist das stolze Gefühl der Nationalehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergiebt, nachahmungswerthe und bewunderte Vorbilder im Ausland zu suchen, wie es hier bei uns geschieht.

Vereinigter Landtag, 15. Juni 1847.

* * *

Wenn es Recht ist, daß wir das wohlfeile englische Eisen theurer bezahlen, um den schlesischen Bergmann zu erhalten, wenn es Recht ist, daß wir den Rothwein von Bordeaux, das naturgemäße Getränk des Norddeutschen, theurer bezahlen, um den sauren Reben von der Ahr und der Nahe aufzuhelfen, so scheint es ebenso billig, daß wir zum Schutze der Handwerker, eines der unentbehrlichsten Glieder im Staatsorganismus, Maßregeln ergreifen, selbst dann, wenn diese Maßregeln für den Einzelnen drückend, beschränkend oder mit Kosten verbunden sein sollten. Preußische Zweite Kammer, 18. Oct. 1848.

* * *

Ich glaube nicht, daß es Aufgabe der Gesetzgebung sein kann, das, was dem Volke heilig ist, zu ignoriren. Ich glaube im Gegentheil, daß, wenn die Gesetzgebung das Volk lehren und leiten will, es ihre Aufgabe ist, dahin zu wirken, daß das Volksleben sich in allen Verhältnissen fest auf den Stab des Glaubens an die Segnungen der Religion stütze, nicht aber diesen Stab da, wo er vorhanden ist, als ein unnützes Zubehör von Obrigkeitswegen verwerfe und so die Achtung vor der Kirche und den religiösen Einrichtungen da, wo sie tiefe Wurzeln im Volksleben geschlagen hat, untergrabe. Fahren wir auf diesem falschen Wege fort, machen wir die Gewährleistung eines jeglichen Cultus in soweit zur Wahrheit, daß wir auch den Cultus demokratischer Schwärmer, die ihren Märtyrer auf gleiche Linie mit dem Heiland der Welt stellen, durch Gensdarmen gegen Störung schützen lassen, so hoffe ich es noch zu erleben, daß das Narren-

schiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert; dennoch steht der Glaube an das geoffenbarte Wort Gottes im Volke fester, als der Glaube an die seligmachende Kraft irgend eines Artikels der Verfassung.

Preußische Zweite Kammer, 15. Nov. 1849.

* * *

Bei der Berathung des Reichsverfassungsprojectes von 1850.

Wenn Sie dem preußischen, dem altpreußischen Geiste, — nennen Sie ihn stockpreußisch, wenn Sie wollen — nicht mehr Concessionen machen, als bis jetzt in dieser Verfassung geschehen ist, dann glaube ich nicht an eine Verwirklichung derselben, und wenn Sie sich bemühen, diese Verfassung dem preußischen Geiste aufzuzwängen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit muthiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mitsammt seiner schwarzrothgoldnen Zäumung auf den Sand setzt. Parlament in Erfurt, 15. April 1850.

* * *

Es gibt nichts Deutscheres, als die Entwickelung richtig verstandener preußischer Particularinteressen . . . . . Wenn Oesterreich stets den Versuch wiederholt, seine Wünsche malgré nous hier durchzusetzen und uns durch Beschluß oder Einfluß der Majorität zu etwas zu nöthigen, was wir ohnedies nicht thun würden, so bleibt uns nur die Wahl, entweder gute Miene zum bösen Spiel zu machen, indem wir unsere Flagge streichen und der Superiorität Oesterreichs in den Augen der Bundesregierungen durch Nachgiebigkeit

neue Nahrung geben, oder aber unseren Mangel an Uebereinstimmung durch Streit vor versammeltem Collegium (des Bundestags) offen zu constatiren, wodurch dann früher oder später der Bundeskarren, an dem das preußische Pferd nach vorne, das österreichische nach hinten zieht, in Trümmer gehen muß.

Frankfurt a. M., im März 1853.

* * *

In politischer Beziehung haben wir jetzt hier eine todte Saison. Der Anlauf, den Oesterreich seit 1850 nahm, um im Bunde eine starke, dem Wiener Cabinet dienstbare Centralgewalt zu schaffen, scheint angesichts des Bedürfnisses preußischen Beistandes in der europäischen Politik erlahmt zu sein, und glaube ich selbst nicht, daß ein etwaiges Ausscheiden des Grafen Buol zur Wiederbelebung der Schwarzenberg'schen Politik führen würde. Die schöpferischen Bestrebungen des Bundestages haben mehr dem Streit über die Frage, wer die zerschlagenen Töpfe der letzten fünf Jahre bezahlen soll, Platz gemacht, und die Geschäfte verlieren sich einigermaßen ins Kleinliche. So langweilig meine Rolle dabei auch ist, so kann es doch nicht in unserem Interesse liegen, den Bund zu kräftigen, so lange seine Organisation dem österreichischen Präsidium und einer Majorität souveränetätsschwindliger Regierungen über in Summa noch nicht fünf Millionen Deutscher ein gefährliches Uebergewicht verleiht. So lange dies Verhältniß obwaltet, kann der Bund für uns nicht viel mehr als die negative Bedeutung einer Assecuranz für Kriegs- und Revo-

lutions-Gefahr haben. Soll er etwas Anderes werden, so muß entweder in seiner Verfassung oder in andern Mitteln eine Garantie für die Vernünftigkeit oder die Unschädlichkeit unserer Bundesgenossen vorher gefunden werden.

Frankfurt a. M., 27. April 1853.

* * *

Ich gewöhne mich daran, im Gefühle gähnender Unschuld alle Symptome von Kälte zu ertragen und die Stimmung gänzlicher Wurschtigkeit in mir vorherrschend werden zu lassen, nachdem ich den Bund allmählich mit Erfolg zum Bewußtsein des durchbohrenden Gefühls seines Nichts zu bringen nicht unerheblich beigetragen zu haben mir schmeicheln darf. Brief an Frau v. Arnim, Frankfurt 1853.

* * *

Die großen Krisen bilden das Wetter, welches Preußens Wachsthum fördert, indem sie furchtlos, vielleicht auch sehr rücksichtslos von uns benutzt wurden; wollen wir noch weiter wachsen, so müssen wir wenigstens nicht fürchten, mit viermalhunderttausend Mann allein zu stehen, besonders so lange die Anderen sich schlagen und wir durch Parteinahme für jeden von ihnen immer noch ein besseres Geschäft machen, als durch frühe und unbedingte Allianz mit einem so wenig kampffähigen Genossen wie Oesterreich. Jedenfalls steigt der Werth unseres Beistandes noch im Preise mit der fortschreitenden Verwicklung, und man gibt uns später mehr dafür als jetzt. Meine Ansicht würde deshalb dahin gehen, daß wir uns auch mit Oesterreich

jetzt nicht näher einlassen, und wenn es später geschehen sollte, tüchtige Bedingungen in Betreff unserer beiderseitigen Stellung in Deutschland daran knüpfen.

Frankfurt a. M., 15. Decbr. 1854.

* * *

Nicht durch das Bücken vor österreichischer Anmaßung, sondern dadurch, daß wir die Zähne zeigen und auf die nothwendigen Consequenzen einer schlechten Behandlung Preußens offen aufmerksam machen, werden wir zu besseren Verhältnissen in Deutschland kommen können ..... Zeigen wir die Entschlossenheit, uns das Recht der selbständigen Politik und der entscheidenden Einwirkung auf die Geschicke Deutschlands durch jedes Mittel zu erhalten, so wird die Einigkeit Deutschlands fester werden, indem die Ueberhebung Oesterreichs und der Mittelstaaten aufhört, unsere Stellung im Bunde unhaltbar zu machen.

Frankfurt a. M. 1857.

* * *

Angesichts der Zusammenkunft der Kaiser Napoleon III. und Alexander II.

Der bloßen Thatsache einer russisch-französischen Zusammenkunft gegenüber hat man hier schon das Gefühl, daß der deutsche Bund wackelt und alle Bundesfragen bei den Collegen an Interesse verlieren: wie schnell würde die ganze Bundesverfassung auf die Bedeutung historischen Materials herabsinken, wenn ein Bündniß mit praktischen Zwecken zwischen jenen beiden erst wirklich vorläge!

Frankfurt a. M., im Septbr. 1857.

* * *

Ich glaube, daß wir in einem nach 1865 von Preußen umzubildenden Zollverein für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechtes in Zollvereinssachen den Unionsprojecten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen, mit Bestimmung für itio in partes, wenn die Anderen es verlangen. Die Regierungen werden schwer daran gehen; aber wenn wir dreist und consequent wären, könnten wir viel durchsetzen .... Kammern und Presse müßten die deutsche Zollpolitik breit und rückhaltslos aus dem preußischen Standpunkt discutiren; dann würde sich ihnen die ermattete Aufmerksamkeit Deutschlands wieder zuwenden und unser Landtag für Preußen eine Macht in Deutschland werden.

Frankfurt a. M., 15. März 1858.

* * *

„Zeugniß eines Sachverständigen wider den Bund": Ich sehe in unserem Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Cur dagegen vornehmen.

Brief an Frhrn. v. Schleinitz, d. d. St. Petersburg, 12. Mai 1859.

* * *

Wie Gott will. Es ist hier alles doch nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Thorheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen wie Wasserwogen, und das Meer bleibt. Es ist ja nichts auf dieser Erde als Heuchelei und

Gaukelspiel, und ob nun das Fieber oder die Kartätsche diese Maske von Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Oesterreicher, wenn sie gleich groß sind, doch eine Aehnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht; den specifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unserer Seligkeit angewiesen wären.

St. Petersburg, 2. Juli 1859.

* * *

Die von des Rheinbunds und der Bundesakte Gnaden souveränen Kleinstaaten können ihren Particularismus auf die Dauer gegen den Strom der Zeit nicht halten.

Hohendorf, 3. Febr. 1860.

* * *

Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer. 16. Juni 1860.

* * *

Eine Hand wäscht die andere, und sehen wir die Wiener Seife nur erst schäumen, so werden wir gerne die Wäsche erwidern. Aug. 1860.

* * *

Ich soll russisch-französische Zumuthungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondirung im Innern offen unterstützt haben. Ich zahle demjenigen tausend

Friedrichsd'or baar, der mir nachweisen kann, daß dergleichen russisch-französische Anerbietungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntniß gebracht seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes nie etwas anderes gerathen, als uns auf die eigene und auf die im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen.

St. Petersburg, 22. Aug. 1860.

* *
*

Das System der Solidarität der conservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Täuschung, so lange nicht die vollständigste und ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Ländern obwaltet. Isolirt von Preußen durchgeführt, wird es zur Donquixoterie, welche unsern König und seine Regierung nur abschwächt für die Durchführung der eigensten Aufgabe, den der Krone Preußen übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von innen oder von außen kommend, zu handhaben. Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältniß als Piedestal benützen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schooßkind der conservativen Partei Preußens zu machen. Unsere Regierung ist ohnehin in Preußen liberal, im Auslande legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen und begeistern uns für die von Napoleon geschaffene, von Metternich sanctionirte kleinstaatliche Souveränetät bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängig-

keit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts weiter ist, als ein Treib- und Conservirhaus gefährlicher und revolutionärer Particularbestrebungen . . . Wir haben die doppelte Aufgabe, Zeugniß abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir aber die nothwendige Aenderung auf rechtmäßigem Wege offen anstreben und über das zur Sicherheit und zum Gedeihen Aller erforderliche Maaß nicht hinausgehen wollen. Wir brauchen eine straffere Consolidation der deutschen Wehrkraft so nöthig wie das liebe Brod; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachtheile zu schützen, die aus der natürlichen Configuration der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es am Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Auf dem nationalen Gebiete würden bisher sehr mäßige Concessionen immer noch als werthvoll anerkannt werden. Man könnte eine recht conservative Nationalvertretung schaffen und doch selbst bei den Liberalen Dank dafür ernten."

Stolpmünde, 18. September 1861.

* *
*

Deutschland sieht nicht sowohl auf den Liberalismus als auf die Macht Preußens. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten, um für den günstigen Augenblick gerüstet zu sein, der schon einigemale verpaßt worden ist. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, wie sie 1848 und 49 in Uebung gewesen, werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut.

Gesprochen in einer Commissionssitzung des preußischen Abgeordnetenhauses im Herbst 1862.

* * *

Ein constitutionell erfahrener Staatsmann hat gesagt, daß das ganze Verfassungsleben jederzeit eine Reihe von Compromissen sei. Wird der Compromiß dadurch vereitelt, daß eine der betheiligten Gewalten ihre eigene Ansicht mit doctrinärem Absolutismus durchführen will, so wird die Reihe der Compromisse unterbrochen und an ihre Stelle treten Conflicte, und da das Staatsleben nicht still zu stehen vermag, werden Conflicte zu Machtfragen. Wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick still stehen kann.

Preuß. Abgeordnetenhaus, Januar 1863.

* * *

Der Weg, den ein preußisches Ministerium überhaupt gehen kann, ist so sehr breit nicht. Derjenige, der weit links steht — wenn er Minister wird, wird nach rechts rücken, der weit rechts steht, als Minister aber nach links rücken müssen. Man hat für die weiten Abschweifungen der Doctrin, wie man sie als Redner, als Abgeordneter

entwickeln kann, auf diesem schmalen Pfade, den die Regierung eines großen Landes wandeln kann, keinen Raum.

Abgeordnetenhaus, 27. Jan. 1863.

* * *

Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt. Abgeordnetenhaus, 26. Febr. 1863.

* * *

Die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes sind wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes; wo dieses Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, wird Preußen niemals befürchten dürfen, in eine seinen eigenen Interessen widerstrebende Politik hineingezogen zu werden.

Bericht an den König über den Frankfurter Fürstentag, 15. Sept. 1863.

* * *

Das Recht läßt sich in europäischen Streitigkeiten, wo ein competenter Gerichtshof nicht besteht, nur durch die Bajonette geltend machen. Abgeordnetenhaus, 22. Jan. 1864.

* * *

Eine Regierung hat nicht das Recht, das Land, dessen Schicksal ihr anvertraut ist, gegen eine von Hause aus erdrückende Uebermacht ohne Noth ins Feld zu führen.

Abgeordnetenhaus, 22. Jan. 1864.

* * *

Die Basis des constitutionellen Lebensprocesses ist überall der Compromiß.

Herrenhaus, 24. Jan. 1865.

* * *

Wir sind nicht gewohnt, die Klagen der Armuth als ein Spiel zu behandeln, auch nicht, sie mit Entschlossenheit in den Wind zu schlagen, wie dies vom Standpunkte der Wohlhabenden vielleicht gewünscht werden mag . . . . Der Weg, den Klagen der Arbeiter den Zugang zum Throne zu verschließen, wäre meines Erachtens nicht der rechte, und ich habe nicht den Beruf dazu.

Abgeordnetenhaus, 15. Februar 1865.

* * *

Im Allgemeinen ist die Existenz auf der Basis der Phäaken bequemer als auf der Basis der Spartaner. Man läßt sich gern schützen, aber man zahlt nicht gern, am allerwenigsten giebt man das geringfügigste Hoheitsrecht zu Gunsten der allgemeinen Interessen auf.

Abgeordnetenhaus, 1. Juni 1865.

* * *

Ich glaube, daß das Gewähltwerden so schwer nicht ist: wenn man versprechen kann, kann man auch gewählt werden. Abgeordnetenhaus, 1. Juli 1865.

* * *

Es ist gleich, ob ich auf dem Straßenpflaster oder auf dem Schlachtfelde für meinen König sterbe. Mai 1866.

* * *

Bei der Berathung über die Indemnität.

Wir wünschen den Frieden, weil unserer Meinung nach das Vaterland seiner im gegenwärtigen Augenblick in höherem Grade bedarf als früher . . . Wir werden die Aufgaben, die uns zu lösen bleiben, mit Ihnen (den Abgeordneten) in Gemeinschaft lösen, indem wir von beiden Seiten demselben Vaterlande mit demselben guten Willen dienen, ohne an der Aufrichtigkeit des Andern zu zweifeln . . . . Je fester wir zusammenhalten, desto sicherer sind wir, das Spiel zu gewinnen . . . Sehen Sie sich die Haltung der einzelnen Regierungen gegenüber den neu zu bildenden Einrichtungen an; sie ist bei einzelnen befriedigend, bei andern widerstrebend, gewiß aber ist, daß in Europa Sie kaum eine Macht finden werden, welche die Constituirung dieses neuen deutschen Gesammtlebens in wohlwollender Weise förderte und welche nicht das Bedürfniß hätte, in ihrer Weise sich an dieser Constituirung zu betheiligen, sei es auch nur, um einem der mächtigeren Bundesgenossen, wie Sachsen, die Möglichkeit nicht zu verkümmern, dieselbe Rolle noch einmal zu spielen wie im letzten Kriege! — Wenn man oft gesagt hat: Was das Schwert gewonnen hat, hat die Feder verdorben, so habe ich das volle Vertrauen, daß wir nicht hören werden: Was Schwert und Feder gewonnen, ist von dieser Tribüne vernichtet worden!

Abgeordnetenhaus, 1. Sept. 1866.

* * *

Nach dem Friedensschlusse mit Oesterreich.

Man hat getadelt, daß der Sieg, den die Truppen erfochten haben, nicht auf dem politischen Gebiete weiter ausgenutzt

worden sei. Man kann sehr leicht die Linie überschreiten, bei der eine weitere Ausbeutung des Sieges in eine blinde Zuversicht ausartet, die alle Errungenschaften aufs Spiel setzt, und je größer diese Errungenschaft schon ist, desto schwieriger entschließt man sich zu einer Ausbeutung des Sieges, die nicht mehr den Charakter des Muthes, sondern den der Waghalsigkeit haben würde.

Abgeordnetenhaus, 12. Sept. 1866.

* *
*

Ein Friedensschluß erfüllt niemals alle Wünsche, wird niemals allen Berechtigungen gerecht.

Herrenhaus, 22. Dec. 1866.

* *
*

Nur ein ganz fertiger Staat kann sich den Luxus einer liberalen Regierung gestatten ..... Im constitutionellen Leben ist es nicht nützlich, alle Dinge auf die Spitze zu treiben. Das Verfassungsleben kann nicht nach mathematischen, nicht einmal nach juristischen Regeln beurtheilt werden. Es ist eben ein beständiger Compromiß.

Herrenhaus, 22. Dec. 1866.

* *
*

Ich bin der Sündenbock der öffentlichen Meinung, aber ich gräme mich wenig darum. Ich verfolge mit ruhigem Gewissen ein Ziel, das ich für mein Vaterland und Deutschland nützlich finde.

Unterredung mit Vilbort 1866.

* *
*

Bei der Berathung der Norddeutschen Bundesverfassung.

Es hat nicht unsere Absicht sein können, ein theoretisches Ideal einer Bundesverfassung herzustellen, in welcher die

Einheit Deutschlands auf ewig verbürgt werde, auf der andern Seite jeder particularistischen Regung die freie Bewegung gesichert bleibe. Einen solchen Stein der Weisen, wenn er zu finden ist, zu entdecken, müssen wir der Zukunft überlassen; einer solchen Quadratur des Zirkels um einige Decimalstellen näher zu rücken, ist nicht Aufgabe der Gegenwart. Wir glauben aber, daß, wenn der Verfassungsentwurf hier angenommen wird, für das deutsche Volk die Bahn freigemacht worden ist und daß wir das Vertrauen zum Genius unseres eigenen Volkes haben können, daß es auf dieser Bahn den Weg finden wird, der es zu seinem Ziele führt ..... Die Basis dieses Verhältnisses soll nicht Gewalt sein, weder den Fürsten noch dem Volke gegenüber. Die Basis soll das Vertrauen auf die Vertragstreue Preußens sein, und dieses Vertrauen darf nicht erschüttert werden, so lange man uns die Vertragstreue hält ..... Glauben Sie wirklich, daß die Millionen deutscher Krieger, die gegen einander gekämpft und geblutet haben vom Rhein bis zu den Karpathen — daß die Abertausende von Gebliebenen, die durch ihren Tod die nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtagsresolution ad acta geschrieben werden können? Meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation! .... Setzen wir Deutschland in den Sattel. Reiten wird es schon können!

Norddeutscher Reichstag, 11. März 1867.

* * *

Wenn ich von der 600jährigen Leidensgeschichte Deutschlands gesprochen habe, so habe ich vom Sturze der Hohenstaufen an gerechnet und ich glaube richtig! Woher kamen die Raubritter? Von der Zerrüttung des Reiches während des Interregnums. Woher kam die Zerrüttung innerhalb des Interregnums? Vom Abfall der Welfen und dem Siege der Ultramontanen! Norddeutscher Reichstag, 12. März 1867.

* * *

Ich habe an mir selbst wahrgenommen, daß man die Politik anders beurtheilt, so lange man als Dilettant, ohne das Gefühl schwerer Verantwortlichkeit, an ihr mitwirkt, als wo man im Gegentheil einer vollen Verantwortung für die Folgen jedes Schrittes, den man thut, sich bewußt ist. . . Ich schätze mich glücklich, überhaupt nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und den Erfahrungen nichts lernen.

Norddeutscher Reichstag, 13. März 1867.

* * *

Man hat mir zwar schmeichelhaftes Vertrauen für die auswärtige Politik, aber gemäßigtes Mißtrauen in Bezug auf meine Vorliebe für die Entwickelung der Volksfreiheit ausgesprochen. Man thut mir in letzterer Beziehung unrecht. Ich habe niemals in meinem Leben gesagt, daß ich der Volksfreiheit mich feindlich entgegenstellte, sondern nur gesagt, und natürlich unter der Voraussetzung rebus sic stantibus: meine Interessen an den auswärtigen Angelegenheiten sind nicht nur stärker, sondern zur Zeit allein maßgebende und fortreißende, so daß ich, so viel ich kann, jedes Hinderniß

durchbreche, welches mir im Wege steht, um zu dem Ziele zu gelangen, welches, wie ich glaube, zum Wohle des Vaterlandes erreicht werden muß. Das schließt nicht aus, daß auch ich die Ueberzeugung theile, daß den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates verträglich ist, jederzeit zu erstreben die Pflicht jeder ehrlichen Regierung ist.

Norddeutscher Reichstag, 27. März 1867.

* *
*

Zur Rechtfertigung der Zurückhaltung in der Luxemburger Frage.

Ich glaube, Se. Majestät hat sich den Dank der deutschen Nation dadurch erworben, daß Er der für einen kriegsgewohnten Monarchen und ein kriegerisches Volk naheliegenden Verführung widerstanden hat, die Frage bis aufs äußerste zu treiben. Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere in den Krieg zu führen oder zu begleiten, und in Folge dessen auch in erhöhtem Maaße das Bedürfniß, auf dem Schlachtfeld und im Lazareth den Kriegern in das brechende Auge sehen zu können, ohne sich sagen zu müssen: diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können!

Norddeutscher Reichstag, Sept. 1867.

* *
*

Zum Verhältniß des Norddeutschen Bundes zu den Staaten südlich vom Main.

Wenn die deutsche Nation in ihrer Gesammtheit, der Süden und der Norden, die Einheit wollte, dann wird, meiner Ueberzeugung nach, keine deutsche Regierung und

kein deutscher Staatsmann stark genug sein, es hindern zu können, keiner — muthig oder kleinmüthig genug, es hindern zu wollen. Norddeutscher Reichstag, 29. Sept. 1867.

* * *

Ich gehöre nicht zu denen, die kalt auf die Lasten blicken, die dem Dürftigen auferlegt werden. Ich habe dazu zu lange auf dem Lande gelebt, um nicht zu wissen, was es heißt, wenn der arme Steuerzahler seinen Groschen bringt und wenn er ihn in der Zeit der Noth bringt. Aber die Unabhängigkeit, die staatliche Freiheit, die nationale Ehre geht einem Volke wie das unsrige über alles: ihr bringen selbst diese Armen freudig ihr Opfer.

Abgeordnetenhaus, 11. Dec. 1867.

* * *

Es ist etwas werth zu hören, daß unsere Landsleute in den fernsten Weltgegenden jetzt mit uns stolz auf das Vaterland blicken und mit Selbstgefühl sagen: „Wir sind Deutsche", während sie früher verschämt die Augen niederschlugen.

Abgeordnetenhaus, 11. Dec. 1867.

* * *

Die Furcht, der Charakterschwäche geziehen zu werden, ist eine deutsche Nationalkrankheit, die das Zustandekommen mancher nützlichen Verständigung erschwert.

Norddeutscher Reichstag, April 1868.

* * *

Ein Appell an die Furcht findet in deutschen Herzen niemals ein Echo. Zollparlament, Mai 1868.

* * *

Ich erkläre, daß ich als Minister in einem Verfassungsstaate mich nicht für berechtigt halte, an meiner eigenen persönlichen Ueberzeugung auf jede Gefahr hin festzuhalten, sondern unter Umständen die Uebereinstimmung der Gewalten und die Herstellung derselben für einen Zweck halte, dem ich nicht nur berechtigt, sondern in meiner Stellung auch verpflichtet bin, Ueberzeugungen, von deren Fallenlassen ich einen praktischen und wesentlichen Nachtheil für das Gemeinwesen nicht befürchte, im Interesse der Einigkeit, im Interesse des Compromisses aufzugeben.

Abgeordnetenhaus, 28. Nov. 1868.

* *
*

Gegen die Empfehlung eines Oesterreichischen Liberalismus.

Den Regierungen geht es mit ihrem Liberalismus wie den Damen: Die jüngste gefällt immer am besten! Oesterreich ist durch langjährige Zurückhaltung in die Lage gekommen, heute mit demjenigen Liberalismus Epoche zu machen, der bei uns schon in der Hauptsache seit zwanzig Jahren, in vielen seiner Theile bereits seit fünfzig Jahren, zu einem überwundenen Standpunkte gehört.

Abgeordnetenhaus, Dec. 1868.

* *
*

Gegen die Haltung des depossedirten Königs von Hannover.

Wir wollen hier nicht zu Gericht sitzen über den gefallenen Gegner, aber wir wollen Deutschland vor Schaden bewahren; wir wollen diesem Frevel mit dem Frieden einer großen Nation, mit dem Frieden Europa's ein Ende machen, gegen diejenigen, welche für persönliche und kleinliche dynastische

Interessen sich berufen fühlen, das Glück und die Ehre des eigenen Vaterlandes in Verschwörungen mit dem Auslande zu bedrohen und aufs Spiel zu setzen. . . . Ich beschränke die Nothwehr nicht auf den Begriff allein der Abwehr eines lebensgefährlichen Anfalles, sondern auch auf die Herstellung desjenigen Vertrauens auf den Frieden, dessen wir zu unserer Wohlfahrt bedürfen. Abgeordnetenhaus, 29. Jan. 1869.

* * *

Die Coriolane sind in Deutschland nicht selten, es fehlt ihnen nur an Volskern, und wenn sie Volsker fänden, würden sie sich bald demaskiren, nur den letzten versöhnenden Abschluß Coriolans würden alle Frauen Deutschlands dann nicht im Stande sein herbeizuführen.

Abgeordnetenhaus, 30. Jan. 1869.

* * *

Ueber juristische Zwirnsfäden wird die Königliche Regierung nicht stolpern in der Ausübung ihrer Pflicht, für den Frieden des Staates zu sorgen. Abgeordnetenhaus, 30. Jan. 1869.

* * *

Ich bin nicht zum Spion geboren meiner ganzen Natur nach; aber ich glaube, wir verdienen Ihren Dank, wenn wir uns dazu hergeben, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hinein, um zu beobachten, was sie treiben. Abgeordnetenhaus, 30. Jan. 1869.

* * *

Ich halte mich wohl berechtigt, im Bundesrathe da, wo es sich um die nationalen Zwecke des Bundes handelt, unter Umständen das volle Gewicht der preußischen Stimmen mit denjenigen, die wir damit vereinigen können, in die Wagschale zu werfen und mich an die Bedeutung, an die Zahl der dissentirenden Regierungen nicht zu kehren, wo es sich um große, nationale Interessen handelt. Im übrigen habe ich mir in der Bundespolitik als unverbrüchlichen Grundsatz den hingestellt, daß es nicht rathsam ist, die Autonomie der einzelnen Regierungen auch nur um eines Haares Breite weiter zu beschränken und zu bekämpfen, als es nothwendig ist zur Erfüllung der großen nationalen Zwecke, welche dem Bunde obliegen. 16. März 1869.

* * *

In Bezug auf den erstrebten Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund.

Wir können die Geschichte der Vergangenheit weder ignoriren, noch können wir die Zukunft machen; und das ist ein Mißverständniß, vor dem ich auch hier warnen möchte, daß **wir uns nicht einbilden, wir können den Lauf der Zeit dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhren vorstellen.** Mein Einfluß auf die Ereignisse, die mich getragen haben, wird zwar wesentlich überschätzt, aber doch wird mir gewiß keiner zumuthen, Geschichte zu **machen**; das könnte ich selbst in Gemeinschaft mit Ihnen (den Volksvertretern) nicht, einer Gemeinschaft, in der wir doch so stark sind, daß wir einer Welt in Waffen trotzen könnten; aber die Geschichte können wir nicht machen, sondern nur abwarten, daß sie sich voll-

zieht. Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachsthum hindern und sie verderben. Ich möchte deshalb doch mehr Geduld empfehlen, der Entwickelung Deutschlands Zeit zu lassen.

Norddeutscher Reichstag, 16. April 1869.

* *
*

Man soll sich in den germanischen Staaten nicht fragen, wenn man es der Bevölkerung recht machen will: was kann gemeinsam sein? sondern man muß sich fragen: was muß absolut gemeinsam sein? Und dasjenige, was nicht gemeinsam zu sein braucht, das soll man der speciellen Entwickelung überlassen. Damit dient man der Freiheit, damit dient man der Wohlfahrt. Ist denn der Unitarismus die nützlichste und beste politische Gestaltung? Ist er es namentlich für Deutschland? Ist er historisch in Deutschland? — Daß er es nicht ist, beweisen ja gerade die particularistischen Bildungen, die sich in Deutschland nach allen Richtungen hin — nicht blos räumlich — durchsetzen. Der Deutsche fühlt sich nur in einem kleineren Gebiete vollständig behaglich, und man thut wohl, ihm von seinem häuslichen Behagen nicht mehr zu nehmen, als absolut zum Zusammenhalten des Ganzen, als zur Wirkung nach außen erforderlich ist. Dieser Particularismus ist die Basis der Schwäche, aber auch nach einer Richtung hin die Basis der Blüthe Deutschlands. Die kleinen Centren haben ein Gemeingut von Bildung und Wohlstand in allen Theilen Deutschlands ver-

breitet, wie man es in centralistisch organisirten großen Ländern schwer findet. Die muß man bereist haben, civilisirte und uncivilisirte, um zu erkennen, wie dort die Provinzen gegen das allgemeine Centrum um Jahrhunderte in Rückstand bleiben. — Die Fehler des Particularismus, die Schwäche nach außen, die Zerrissenheit im Innern, die Hemmstricke für die Entwickelung von Handel und Verkehr, die hat der Bund im Princip vollständig durchschnitten, und sie vollständig zu beseitigen, ist seine Aufgabe ..... Die Centralisation ist mehr oder weniger eine Gewaltthat, und sie ist ohne einen — wenigstens am Geiste der Bundesverfassung sich versündigenden Bruch nicht durchzuführen. 16. April 1869.

* *
*

Man kann nur noch aus nationalen Gründen Krieg führen. Norddeutscher Reichstag, 22. April 1869.

* *
*

Wer den Daumen auf dem Beutel hat, hat die Macht.
Norddeutscher Reichstag, 26. April 1869.

* *
*

Jeder Staat, dem seine Ehre und Unabhängigkeit lieb ist, muß sich bewußt sein, daß sein Friede und seine Sicherheit auf seinem eignen Degen beruht.
Norddeutscher Reichstag, 22. Mai 1869.

* *
*

Drängen Sie nicht so auf neue Etapen: genießen Sie doch einen Augenblick froh, was Ihnen beschieden, und begehren Sie nicht, was Sie nicht haben!

Norddeutscher Reichstag, 24. Februar 1870.

* *
*

Die Scheu vor der Verantwortung ist eine der Krankheiten unserer Zeit.

Norddeutscher Reichstag, 1. März 1870.

* *
*

Gegen die Abschaffung der Todesstrafe.

Eine menschliche Kraft, die keine Rechtfertigung von oben in sich spürt, ist allerdings zur Führung des Richtschwerts nicht stark genug . . . . Bei den Gegnern der Todesstrafe habe ich den Eindruck einer Ueberschätzung des Werthes, welchen sie dem Leben in dieser Welt und der Bedeutung welche sie dem Tode beilegen. Ich kann mir denken, daß jemandem, der an eine Fortsetzung des individuellen Lebens nach dem leiblichen Tode nicht glaubt, die Todesstrafe härter erscheint, als demjenigen, der an die Unsterblichkeit der ihm von Gott verliehenen Seele glaubt; aber wenn ich der Frage näher ins Auge sehe, so kann ich auch das kaum annehmen. Für jemand, der des Glaubens nicht ist — zu welchem ich mich von Herzen bekenne —, der Tod sei ein Uebergang von einem Leben in das andere, und wir seien im Stande, auch dem schwersten Verbrecher auf seinem Grabe die trostreiche Verheißung zu geben: Mors janua vitae — für jemand, der diese Ueberzeugung nicht theilt, müssen die Freuden dieses Lebens einen solchen Werth haben, daß ich ihn fast

um die Empfindungen, die sie ihm bereiten, beneide. Er muß einer Beschäftigung leben, die für ihn so befriedigende Erfolge aufweist, daß ich seinen Gefühlen darin nicht zu folgen vermag, wenn er mit dem Glauben, daß seine persönliche Existenz mit diesem leiblichen Tode für ewig abgeschlossen sei, wenn er es mit diesem Glauben überhaupt der Mühe werth findet, weiter zu leben ..... Ich habe das Gefühl, daß das Wort des Dichters: „Und setzet Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein" und das andere Wort, daß das Leben der Güter höchstes nicht ist, bei uns in merkwürdige Vergessenheit gerathen, in einem Wuste von, meines Erachtens, falscher Sentimentalität begraben worden ist.

Norddeutscher Reichstag, 1. März 1870.

* * *

Wir werden uns an den militärischen Rock nicht halten, sondern die brauchbaren Leute da nehmen, wo wir sie finden.

Norddeutscher Reichstag, 19. März 1870.

* * *

Bei der Debatte über Rechtseinheit.

Wir werden mit eisernem Schritte zermalmen, was der Herstellung deutscher Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht entgegensteht. Norddeutscher Reichstag, 23. März 1870.

* * *

In anderthalb Jahren läßt sich viel Böses thun, aber nicht sehr viel Gutes schaffen.

Deutscher Reichstag, 25. Mai 1871.

* * *

Wir sind etwas freigebiger, wenn es auf Kosten der Gesammtheit geht, als wir aus unserer eigenen Kasse zu sein pflegen. Deutscher Reichstag, 2. Juni 1871.

* * *

Ich huldige von Hause aus dem Grundsatze, daß jede Confession bei uns die volle Freiheit ihrer Bewegung, die volle Glaubensfreiheit haben muß. Ich habe daraus bisher noch nicht die Consequenz gezogen, daß jede Confession gezählt werden müsse, und daß jede eine ihrer Volkszahl ziffermäßig entsprechende Betheiligung an der Beamtenschaft haben müsse .... Sobald wir den Staat in confessionelle Stücke schneiden, an welchen jede Confession ihren verhältnißmäßigen Antheil haben muß, so kommt auch noch die ganz beträchtliche Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung in Betracht, deren Mehrheit sich ja durch besondere Befähigung und Intelligenz für Staatsgeschäfte auszeichnet. Abgeordnetenhaus, 30. Jan. 1872.

* * *

Nachdem Mallinckrodt gesagt, in Windthorst habe man eine Perle annectirt „und wir (Centrum) haben ihr die richtige Fassung gegeben".

Der Herr Vorredner nannte den Herrn Abgeordneten für Meppen eine Perle; ich theile diese Auffassung in einem Sinne vollkommen. Für mich hängt aber der Werth einer Perle von ihrer Farbe ab; ich bin darin etwas wählerisch. Abgeordnetenhaus, 10. Febr. 1872.

* * *

Nur ganz allein in Deutschland tritt uns die eigenthümliche Erscheinung entgegen, daß die katholische Geistlichkeit einen entschieden internationalen Charakter trägt.

Abgeordnetenhaus, 10. Febr. 1872.

* * *

Mein lebendiger evangelischer, christlicher Glaube legt mir die Verpflichtung auf, für das Land, wo ich geboren bin und zu dessen Dienst mich Gott geschaffen hat, und wo ein hohes Amt mir übertragen worden ist, dieses Amt nach allen Seiten hin zu wahren, und wenn die Fundamente des Staates von den Barrikaden und der republikanischen Seite angegriffen werden, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, auf der Bresche zu stehen, und werden sie von Seiten angegriffen, die eher berufen waren und noch immer sind, die Fundamente des Staates zu befestigen und nicht zu erschüttern, so werden Sie mich auch da jederzeit auf der Bresche finden. Das gebietet mir das Christenthum und mein Glaube!

Abgeordnetenhaus, 12. Febr. 1872.

* * *

Keine Regierung hat je ein Interesse, mit einer conservativen Partei zu brechen, aber die Partei besorgt das mitunter selbst.

Herrenhaus, 6. März 1872.

* * *

Wer behauptet, daß in Preußen das Volk des höchsten Gutes, der Religion, beraubt, die Freiheit des Glaubens beschränkt, und die berechtigten Ansprüche der Kirche gefährdet wären, der verläumdet die Regierung Seiner Majestät.

Herrenhaus, 8. März 1872.

* * *

Ich halte es nach den neuerdings ausgesprochenen und öffentlich promulgirten Dogmen der katholischen Kirche nicht für möglich für eine weltliche Macht, zu einem Concordat zu gelangen, ohne daß diese Macht bis zu einem Grade und in einer Weise effacirt würde, die das Deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. Seien Sie außer Sorge: Nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig. Reichstag, 14. Mai 1872.

* * *

Nach der Dreikaiserzusammenkunft, bei der Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes von Berlin.

Nach allem Großen, das wir erlebt, würde ich nichts dagegen haben, wenn die Weltgeschichte eine Weile stehen zu bleiben schiene. Die hohen Herren, die hier zusammengekommen sind, werden mit keiner getäuschten Erwartung scheiden. Keiner ist mit einem Wunsche gekommen, auf den von anderer Seite nicht hätte eingegangen werden können. Keine aggressive Absicht gegen irgend eine Macht, gegen irgend eine Richtung hat die Zusammenkunft hervorgerufen. Die freundschaftliche persönliche Begegnung der drei Kaiser wird bei unsern Freunden die Zuversicht in die Erhaltung des Friedens stärken, unsern Feinden aber die Schwierigkeit, ihn zu stören, klar machen! September 1872.

* * *

Es gibt für einen Staatsbeamten keine höhere Befriedigung als die Anerkennung, die ihm von den Vertretern der Gesammtheit seiner Landsleute zu theil werden kann.

Ein solcher Ausspruch ist für mich ein Sporn, eine Ermuthigung, und ich kann sagen eine Arznei den Schwächen gegenüber, mit denen ich kämpfe, wenn ich meinen Dienst thue.

24. März 1873.

* * *

Ich habe mit einer Offenheit, mit einer Entschiedenheit, von der ich selbst befürchte, sie könnte unbescheiden klingen, erklärt: ich übernehme jede Verantwortung, ich weiß, daß sie auf mir lastet; ich will sie weder nach unten noch nach oben abschieben.

17. Mai 1873.

* * *

Das Reich ist kein Anbau an das Gebäude der Einzelstaaten, sondern es ist die umfassende Wölbung, unter der die einzelnen Staaten in ihrer Gesammtheit wohnen, die zu pflegen die Aufgabe Aller ist.

13. Juni 1873.

* * *

Auch die Regierungen gehören zum Volke, gehen aus dem Volk hervor und kehren in das Volk zurück, und niemand hat ein Recht, sich in dieser Beziehung im Gegensatz zur Regierung eine besondere Volksvertretung beizulegen.

16. Juni 1873.

* * *

Meine persönliche Stellung zu der Frage der Civilehe ist die, daß ich mich allerdings nicht bereitwillig, sondern ungern und nach großem Kampfe entschlossen habe, in Gemeinschaft mit meinen Collegen bei Seiner Majestät den Antrag auf

Vollziehung dieser Gesetzvorlage zu stellen, und mich entschlossen habe, mit ihnen dafür einzustehen. Ich habe hier nicht Dogmatik zu treiben; ich habe Politik zu treiben. Aus dem Gesichtspunkte der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in der Lage, in welche das revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe den Staat gebracht hat, durch das Gebot der Nothwehr gezwungen ist, das Gesetz zu erlassen. Unter diesen Umständen bin ich entschlossen, dafür einzustehen, wie für manches, was meinen persönlichen Ueberzeugungen, namentlich wie ich sie in der Jugend gehabt habe, nicht immer entspricht. Ich bin ein den Gesammtbedürfnissen und Forderungen des Staates im Interesse des Friedens und des Gedeihens meines Vaterlandes sich unterordnender Staatsmann.

17. Dec. 1873.

* * *

Ich habe niemals irgend jemandem die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugesichert oder in Aussicht gestellt. Alles, was darüber circulirt und behauptet wird, erkläre ich in seinem ganzen Umfange für eine dreiste, tendenziöse Lüge, die zur Anschwärzung meiner Person erfunden worden ist.

Abgeordnetenhaus, 16. Jan. 1874.

* * *

Wenn ich mich auf die Widerlegung alles dessen einlassen wollte, was gegen mich gedruckt wird, da reichte kein Preßbureau und kein Welfenfonds; da müßte ein besonderes

Ministerium eingerichtet werden, um das blos lesen zu lassen. Und ich rechne es mir zur Ehre! In meinem ganzen, unter verschiedenen Gestaltungen der europäischen Politik stets mit entschlossener Vertretung der Interessen meines Königs und meines Landes durchgeführten politischen Leben ist mir die Ehre zu Theil geworden, sehr viele Feinde zu haben. Gehen Sie von der Garonne, um mit der Gascogne anzufangen, bis zur Weichsel, von dem Belt bis zum Tiber, suchen Sie an den heimischen Strömen der Oder oder des Rheins umher, so werden Sie finden, daß ich in diesem Augenblicke wohl die am stärksten und — ich behaupte stolz! — die am besten gehaßte Persönlichkeit in diesem Lande bin.

Reichstag, 16. Jan. 1874.

* * *

Ich schätze an dem ganzen Regime der neueren Zeit nichts so sehr als die absoluteste Oeffentlichkeit; es soll kein Winkel des öffentlichen Lebens dunkel bleiben und müßte selbst nur das gelbliche Dämmerlicht der Blendlaterne einer einseitigen Betrachtung auf die Schäden fallen: es ist immer besser, als daß sie unbeleuchtet bleiben, und hätte es auch nur die Folge, daß der „Fluch der hohen Meinung", mit der die beste Verwaltung und Bureaukratie sich so leicht täuscht, einige Verminderung erleide. Ich bin dankbar für die schärfste Kritik, wenn sie nur sachlich bleibt.

30. Nov. 1874.

* * *

Bei Berathung des Gesetzes über Einstellung von Staatsleistungen für katholische Geistliche, nachdem Herr v. Gerlach dem Gesetze die Mißachtung des kirchlichen Gebotes: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen" und die Auffassung beigelegt hatte: „Der Staat ist Gott und der Cultusminister sein Prophet."

Ich glaube Gott zu dienen, wenn ich meinem Könige diene zum Schutze des Gemeinwesens, dessen Monarch er von Gottes Gnaden ist, und in welchem die Befreiung von fremdem Geistesdruck und die Unabhängigkeit seines Volkes gegen römischen Druck zu schützen seine ihm von Gott auferlegte Pflicht ist . . . . . Der Satz, um den es sich hier handelt, ist nicht: Man soll Gott mehr dienen als den Menschen, sondern die Frage ist: Soll man dem Papste mehr dienen als dem Könige? Zwischen Papst und Gott ist für mich ein wesentlicher Unterschied. Es handelt sich hier nicht darum, Gott zu dienen oder den Menschen zu dienen, sondern es handelt sich darum: Sollen wir in weltlichen Sachen, wo es sich um unser Seelenheil in keiner Weise handelt, dem Papste mehr gehorchen als dem Könige? Wir haben früher unter der Herrschaft des Landrechts gelebt, welches (in der Regelung der Verhältnisse der Kirche) viel weiter geht, und ich glaube, von den Herren, die jetzt behaupten, durch die Maigesetze in ihrem Seelenheil geschädigt zu sein, annehmen zu können, daß ihre Väter selig geworden sind unter der Herrschaft des Landrechts und der geringeren Freiheit, die ihnen damals gelassen wurde.... Auf den Erfolg kommt es bei diesem Gesetze nicht an, aber wir thun einfach unsere Pflicht, indem wir die Unabhängigkeit des Staates und der Nation gegen fremden Ein-

fluß schützen, indem wir die Geistesfreiheit der deutschen Nation gegen Unterdrückung durch den Jesuitenorden und durch einen jesuitischen Papst sicherstellen. Dafür kämpfen wir mit Gott für König und Vaterland.

Abgeordnetenhaus, 16. März 1875.

* *
*

Der Deutsche hat das Gefühl, er mag für eine gerechte oder ungerechte Sache kämpfen, wenn er einmal im Kampf engagirt ist, so ist er nicht geneigt, die Sache zu prüfen; er hat dafür gefochten, er begeistert sich dafür, die Schläge, die er dafür ausgetheilt und empfangen hat, dienen ihm als Grund seiner Ueberzeugung, und in dem Gefühl folgt er entschlossen der Führung seiner Leiter.

Abgeordnetenhaus, 18. März 1875.

* *
*

Die Majestät, sagt man, müsse immer large in Geldsachen sein, auch auf Kosten der Steuerpflichtigen, sie müsse immer viel zahlen. Die höhere Majestätspflicht ist der Schutz des Rechtes und die Niederhaltung des Verbrechens, soweit es durch Aufruhr begangen werden kann. Eine Majestätspflicht ist es, Gelder auf Kosten der Steuerpflichtigen oder aus dem Staatssäckel überhaupt nicht zu zahlen, sobald sie wesentlich dazu dienen, die Kräfte zu unterhalten und zu nähren, die einstweilen zur Unterwühlung, demnächst möglicher Weise zum Umsturz und offenen Angriff auf die Fundamente des Staates und des bürgerlichen Friedens benutzt werden.

Abgeordnetenhaus, 18. März 1875.

* *
*

Ich kann mich nicht mit jemandem politisch befreunden, ihn nicht als Bundesgenossen betrachten, der sein evangelisches Bekenntniß seiner Politik unterordnet, für den es hier nur eine Kirche gibt. Wir haben eine allgemeine christliche Kirche, aber mit Rücksicht auf den Kampf, um welchen es sich in dem Gesetzentwurfe (über Einstellung von Staatsleistungen für katholische Geistliche) handelt, ist es etwas sehr Gefährliches — wie der Herr von Kleist-Retzow thut — nur von einer „Kirche" zu sprechen, wo im Gesetze von der evangelischen gar nicht die Rede ist. Für ihn ist damit die eine Kirche die katholische, ich betone es ausdrücklich. Viele meiner älteren Freunde, die unbewußt, ich möchte sagen: aus gewisser zorniger Unzufriedenheit mit den weltlichen Dingen handeln, kommen dahin, in krypto-katholischer Richtung Alles, was unserem vorwiegend evangelischen Staate feindlich geworden oder geblieben ist, als Freund und Bundesgenosse zu betrachten, Alles, was dem Staate entgegensteht. Darüber verdunkeln sie sich das evangelische Bewußtsein und dieses geht ihnen bei allem äußerlich anspruchsvollen Bekenntniß verloren. Wie ist denn die Kirche von der katholischen Seite zu betrachten? Die katholische Kirche ist heute der Papst und Niemand weiter als der Papst, und wenn Sie von den Rechten der katholischen Kirche sprechen, so würden Sie sich zutreffender ausdrücken, wenn Sie sagten: die Rechte des Papstes. Früher, vor dem Vaticanum, konnte man sich noch der Anschauung hingeben, wie sie bei der Herstellung der Verfassung vorgeschwebt hat, daß man die Rechte, die man der katholischen Kirche bewilligte, den katholischen Preußen bewilligte. Jetzt liegt zu Tage, daß dies ein Irr-

thum war. Wir alle sind in der katholischen Dogmatik, oder in der katholischen Instruction so weit vorgeschritten, um zu wissen, daß für die katholische Kirche die Gemeinde der preußischen Staatsbürger, die sich zur katholischen Kirche bekennen, nicht existirt. Die Gemeinde ist allenfalls in jedem ihrer Glieder immer der Stein in dem Pflaster, worauf der Priester steht, aber sie hat mit dem Hochbau der Kirche keine Beziehung und keine Verbindung. Das ist ein himmelweiter Unterschied von unserer evangelischen Auffassung. Wir konnten uns früher, vor dem Vaticanum, mit der Idee schmeicheln, daß wenigstens sechs oder mehr preußische Unterthanen — die Bischöfe nämlich — für Preußen die Kirche vertreten, der wir Rechte einräumten; seit dem Vaticanum aber hat sich der Papst an die Stelle aller Bischöfe gesetzt. Es ist kein Zweifel, die Bischöfe sind nur noch die Präfecten des Papstes, er kann sich local an die Stelle eines jeden setzen, er kann einen jeden einsetzen resp. absetzen. Wir haben gefunden, daß die Bischöfe ihre als christliche Wahrheit erkannte Ueberzeugung auf Befehl des Papstes bereitwillig geopfert haben, sie haben gar nicht einmal mehr das Recht, etwas Anderes zu denken als der Papst. Ein Soldat hat doch das Recht, wenn ihm „halb rechts" befohlen wird, bei sich zu denken: das ist ein thörichter Befehl, aber er gehorcht. Der Bischof darf das nicht einmal denken. . . Folge ich dem Papste, so geht für mich die Seligkeit verloren, der Papst hat sie für mich nicht. Er ist auch für mich nicht der Nachfolger Petri in dem Sinne, wie der Graf Brühl! andeutete. Petrus war nicht unfehlbar, er sündigte, er bereute seine Sünde und weinte bitterlich über

sie; von dem Papste, glaube ich, dürfen wir das nicht erwarten.

Herrenhaus, 14. April 1875.

* * *

Bei Berathung der Aufhebung der das Verhältniß des Staates zur katholischen Kirche betreffenden Artikel 15, 16 u. 18 der preußischen Verfassung.

Wir können den Frieden (mit der durch das Vaticanum veränderten Kirche) nicht suchen, solange unsre Gesetzgebung nicht von den Fehlstellen gereinigt ist, mit denen sie seit 1840 in einem übel angebrachten Vertrauen auf Billigkeitsgefühl der andern Seite, auf Patriotismus bei denjenigen, die man mit der Ausführung betraute, stellenweise unwirksam gemacht worden ist. . . Diese Bresche muß überschüttet, sie muß ausgefüllt werden; sobald das geschehen ist, werde ich kein eifrigeres Bemühen haben, als den Frieden selbst mit dem Centrum, namentlich aber mit dem sehr viel mäßiger gesinnten römischen Stuhle zu suchen, und ich hoffe, ihn dann auch mit Gottes Hülfe zu finden, und ich werde dann, solange mir das Leben gegeben ist, dazu beitragen, den Kampf, den aggressiv zu führen wir eine Weile genöthigt gewesen sind, demnächst nur defensiv fortzusetzen und die Aggression mehr der Schulbildung als der Politik zu überlassen. Nachdem auf diese Weise der Gesetzgebung die Bahn freigemacht ist, hoffe ich auf diesem Wege mit Gottes Hülfe diesen Frieden zu finden, denselben Frieden, unter dem unsere Väter Jahrhunderte lang in einem starken Staate durch unsere Dynastie mit einander in confessioneller Einigkeit gelebt haben.

Abgeordnetenhaus, 16. April 1875.

* * *

Es ist wohl kaum bestritten, daß die Form der Matricularumlage eine solche ist, die den contribuablen Staat nicht gerecht nach dem Verhältniß seiner Leistungsfähigkeit trifft. Ich möchte sagen, es ist eine rohe Form, die zur Aushülfe dienen kann, solange man in dem ersten Jugendalter des Reiches demselben eigene Einnahmen zu verschaffen nicht vollständig in der Lage war. Ist es aber anerkannt, daß es eine Steuer ist, die nicht gerecht trifft, so gehört sie von meinem politischen Standpunkt als Reichskanzler nicht zu den Mitteln, die das Reich consolidiren. Das Gefühl, zu ungerechten Leistungen herangezogen zu werden, entwickelt das Bestreben, einer solchen Ungerechtigkeit sich zu entziehen, und verstimmt. Also aus dem Gesichtspunkte der Befestigung des Reiches — das Reich ist jung im Vergleiche zu den einzelnen Staaten — ich möchte sagen: bei allen den Knochenbrüchen, denen Deutschland im Laufe der Jahrhunderte ausgesetzt gewesen ist und deren Heilung jetzt versucht wird, da ist der callus (Knorpel) noch nicht wieder so fest verwachsen, daß nicht Verstimmungen oder ein starker Druck parlamentarischer Machtprobe und dergleichen das Reich empfindlicher treffen sollten als den Particularstaat. Denn dem uns angeborenen Stammessondergefühl entsprechend ist ja bei uns die Existenz des Particularstaates bisher viel mehr in succum et sanguinem gedrungen, viel naturwüchsiger, ich möchte sagen noch heute lebenskräftiger zum Ueberdauern von Stürmen als das deutsche Reich. Je mehr gemeinsame Reichseinrichtungen wir schaffen, je mehr gemeinsames Reichsvermögen, desto mehr befestigen wir das Reich. Wenn das Reich zu Grunde geht, was Gott ver-

hüte und verhüten wird, so würde ja die Sache sich nicht in nichts auflösen, wie bei anderen Staaten, sondern es würde der status quo ante eintreten. Der preußische Particularismus, der mächtigste und bei weitem gefährlichste, mit dem wir zu thun haben, würde aufschnellen in einer ungemein lebenskräftigen Weise. Also das Unglück, das Reich zu zerstören, ist für unsere deutsche patriotische Empfindung ein außerordentlich schweres, aber materiell ist eine Wiederherstellung einer dem alten Bundesverhältniß ähnlichen Einrichtung vielleicht für Jeden auszuhalten, der nicht etwa selbst Bundestagsgesandter gewesen ist. Ich sage dies nur, um Sie zu bitten, das Reich in seinen Institutionen nach Möglichkeit, auch in den kleinen Dingen zu schonen und zu pflegen, und denen, die sich überbürdet fühlen und, wie ich glaube, mit Recht überbürdet fühlen, etwas mehr Liebe und Schonung und nicht die rein theoretische Härte entgegen zu tragen.

Reichstag, 22. Nov. 1875.

* * *

Zu einer so undankbaren Rolle, wie die eines Ministerpräsidenten in einem collegialisch wirkenden Ministerium ist, würde ich mich, wenn ich nicht gewohnt wäre, aus alter Anhänglichkeit mich den Wünschen meines Königs und Herrn zu fügen, unter keinen Umständen weiter hergeben — so undankbar, so machtlos, so ohnmächtig, und dabei doch so schwer verantwortlich ist diese Rolle. Verantwortlich kann man eben nur sein für das, was man selbst freiwillig thut, ein Collegium ist für nichts verantwortlich, auch die Majorität nicht, sie ist später nicht aufzufinden. Man sagt, der einzelne Ressortminister sei da verantwortlich. Wo ist aber ein

Ressort so gesondert, daß es nicht die Mitwirkung von zwei und drei anderen zur Durchführung seiner Maßregeln und Pläne brauchte, die es aber vielleicht nicht gefunden hat! Die ganze Verantwortlichkeit wird eine fictive, wenn sie einem Collegium gegenüber geltend gemacht werden soll, ganz abgesehen davon, daß wir abstimmende Collegien nachgerade im Reiche genug haben, den Bundesrath und Reichstag nicht blos, sondern sämmtliche parlamentarische Einrichtungen. Es ist gewiß sehr bequem, ein Collegium beschließen zu lassen und zu sagen: das Ministerium hat beschlossen, anstatt zu sagen: ich, der Minister, trete ein. Fragt man ein Collegium: wie ist das eigentlich gekommen, so wird jeder achselzuckend es anders erzählen, wenn das Beschlossene mißglückt ist, Niemand wird verantwortlich sein. Bei der Collegialverfassung — daß dabei schneller und durchsichtiger gearbeitet wird, das wird Niemand einräumen, der beide Sachen mit durchgemacht hat — schon die Repliken und Dupliken und Quadrupliken und Quintupliken unter verschiedenen Ministern, wo keiner entscheiden kann, so daß man schließlich zu dem Auskunftsmittel eines Conseils unter Vorsitz Seiner Majestät, wozu doch sehr selten und sehr schwer geschritten wird, greift — würden wir nie im Stande sein, Ihnen das Reichsbudget zur rechten Zeit vorzulegen, wenn wir nicht das Entscheidungsrecht eines allein verantwortlichen Kanzlers hätten. Nur Einer kann verantwortlich sein, die Andern können nur soweit verantwortlich sein, als sie durch die kanzlerische Verantwortlichkeit nicht gedeckt sind. Ich verstehe die Verantwortlichkeit der Minister nicht in der Weise, daß ich in jeder einzelnen Branche die Einzelheiten damit

glaubte decken zu können; ich glaube nur dafür verantwortlich zu sein, daß an der richtigen Stelle die richtigen Personen, achtbar und kundig ihres Geschäftes, sind, und daß äußerlich erkennbare principielle Fehler, namentlich solche, auf die der Reichstag aufmerksam gemacht hat, nicht dauernd einreißen.
Reichstag, 22. Nov. 1875.

* *
*

Ich will sachlich nur dem Gedanken entgegentreten, daß der Ruf der Milde unseres Strafrechts ein Märchen sei: im Lande besteht darüber eine andere Meinung. Ja, wenn die Sicherheit, der öffentliche Friede, die Ehre, der gute Ruf, die körperliche Gesundheit, das Leben des Einzelnen so gut geschützt wären durch unser Strafgesetz, wie unsere Geldinteressen, dann hätten wir keine Novelle zum Strafgesetzbuche nöthig. Nicht blos im Strafrecht, sondern auch in der Auffassung der Richter bethätigt sich dies; ich wundere mich jedesmal über die gerechte Schärfe der Verurtheilung in Eigenthumsfragen neben der außerordentlichen Nachsicht gegen Körperverletzungen. Das Geld wird im Gesetzgebungstarif höher veranschlagt als die gesunden Knochen. Man kann jemandem viel wohlfeiler eine Rippe einschlagen in einem nicht prämeditirten Kampfe, namentlich wenn der Jemand ein Beamter der öffentlichen Sicherheit ist, als man sich etwa eine auch nur fahrlässige Fälschung — ich will sagen eines Attestes erlauben darf, namentlich aber wenn es sich um eine Geldfrage handelt — das geht gleich auf 5, 7 Jahre Zuchthaus; und dicht daneben findet man ausgeschlagene Augen von Polizeibeamten, schwere körperliche

Mißhandlungen mit Lebensgefahr und Nachtheil für die Gesundheit, und das erscheint daneben fast als ein leichter, entschuldbarer Scherz. Daß daran die Stimmung und Richtung unseres Richterstandes einen erheblichen Antheil hat, ist wohl unzweifelhaft. Der Richter ist, wie der Deutsche im Ganzen, vor allen Dingen gutmüthig; namentlich sobald die Persönlichkeit des Verbrechers keine abschreckende und beleidigend herausfordernde Erscheinung hat, wird der Deutsche dem in Fleisch und Blut Gegenüberstehenden leicht gutmüthig, ich möchte sagen von strafbarer Gutmüthigkeit. Von „strafbarer Milde" werden freilich die Verurtheilten, die Verbrecher nicht sprechen; aber die Opfer des Verbrechens, die haben in erster Linie Anspruch auf unsern Schutz, und um diesen Schutz gegen die dem Herzen der Richter zur Ehre gereichende Tendenz zur Milde und Gutmüthigkeit zu gewähren, liegt das Hauptmittel, das die Gesetzgebung hat, im Hinaufschieben der Minimalstrafen, die immer noch minime Strafen bleiben. Reichstag, 3. Dec. 1875.

* * *

Der Beisatz „officiös" und die Verdächtigung irgend eines Blattes, je nachdem man es gerade braucht, als eines subventionirten durch das Wort „Reptilie" ist ja eine wirksame Hülfe in der publicistischen Discussion. Bei den Worten „Reptilie", „Reptilienvater", „Reptilienpresse" in der Meinung, wie das Wort gebraucht wird, kommt es mir immer vor, als wenn Leute, die mit dem Gesetz in Conflict treten, auf die Polizei schimpfen und sie Diebsjäger und dergleichen nennen. Reptilie — wie entstand das Wort? Unter Reptilien verstanden wir die Leute, die in Höhlen —

bildlich gedacht — kurz und gut, in verwegener Weise, intriguiren gegen die Sicherheit des Staates, und man hat das nun umgedreht und nennt jetzt Reptile diejenigen, die das aufzudecken streben. Mit diesem Sprachgebrauch will ich nicht rechten; es ist ganz einerlei. Ich erkläre nur, daß es Reptile des Auswärtigen Amtes in dem Sinne, wie die Gegner den Ausdruck gebrauchen, absolut nicht gibt.

Reichstag, 9. Febr. 1876.

* *
*

Es ist mir oft das Verlangen gestellt worden, ein Minister solle sich eine gewisse Dickfelligkeit verschaffen, und es wird auf andere Länder verwiesen, wo man jedem Minister straflos Beleidigungen ins Gesicht werfen kann. Ich muß bekennen, ich ziehe den Staat vor, wo die Minister sich noch ein feineres Gefühl, eine Entrüstung, wenn sie beleidigt werden, oder wenn ihnen eine Niederträchtigkeit ins Gesicht geschleudert wird, wo die Minister sich noch die Möglichkeit zu erröthen bewahrt haben; — kurz abgehärtete, dickfellige Minister sind nicht mein Ideal, und ich glaube, man kommt besser durch mit Ministern von feinerem Ehrgefühl. Härten wir sie erst so ab, daß sie für keine öffentliche Meinung mehr zugänglich sind oder keine Scham und Empfindung für öffentliche Beleidigung übrig haben, dann kann es sehr leicht kommen, daß wir künftig einen Minister haben, der sich sagt: was hilft es mir, daß ich ehrlich bin, verleumdet werde ich ja doch, und von jedem Minister wird heutzutage behauptet, daß er persönlichen Eigennutz verfolgt, wenn er nach seiner Ueberzeugung handelt. Wir kommen schließlich

dahin wie jener, der immer rief: der Wolf! der Wolf! der nicht da war; wenn er aber da ist, wird es keiner mehr glauben. Reichstag, 9. Febr. 1876.

* *
*

Bei der Interpellation über einen russischen Zollukas.

Man muß sich bei dem, was man in der Politik will, immer nur nach dem eigenen Landesinteresse richten, nicht aber nach Preisen, die ein Fremder bietet. Wir werden die Politik, die wir machen, aus eigenem Interesse machen und eine andere zu machen werden wir uns durch keine Anerbietung bestimmen lassen ...... Wir haben uns in der orientalischen Frage eine Aufgabe gestellt und innerhalb des Programms dieser Aufgabe hat die Zollfrage keinen Platz, so daß man die Sachen auseinander halten muß: Politik besonders und Zollfrage besonders. Wir haben in der Türkei ja selbst die Interessen der allgemeinen Sympathie mit unseren Mitchristen, und wenn ich gesagt haben soll, im ganzen Orient steckte kein Interesse, was so viel werth wäre als der Ertrag eines pommerschen Rittergutes, so ist das irrthümlich. Es ist an allen solchen Legenden ein Stückchen Wahrheit und „a bisserle Falschheit is alleweil dabei." Ich habe gesagt: Ich werde zu irgendwelcher activen Betheiligung Deutschlands an den türkischen Dingen nicht rathen, solange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur — entschuldigen Sie die Derbheit des Ausdrucks — die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth wäre. Ich habe ausdrücken wollen, daß wir mit dem Blute unserer Landsleute und unserer Soldaten spar-

samer sein müßten, als es für eine willkürliche Politik einzusetzen, zu der uns kein Interesse zwingt.

Reichstag, 5. Dec. 1876.

* * *

Was hilft es einem Staate, wenn seine Regierung mehr Geld hat, als nothwendig gebraucht wird? Was soll er mit dem Gelde machen? Wunderliche Luxusausgaben? Für diese ist unsere Zeit sehr wenig inclinirt. Ich kann mit bestem Gewissen erklären, daß ich keinen Ueberschuß erstrebe, sondern nur die Deckung dessen, was uns fehlt, die Reducirung der Matricularumlagen, wenn es sein kann, gänzliche Abschaffung derselben; denn ich glaube nicht, daß Sie blos um der parlamentarischen Machtfrage willen unbequeme Steuern behalten wollen. Die parlamentarische Macht bleibt einer verfassungstreuen Regierung gegenüber durch das Ausgabenbewilligungsrecht gesichert, und einer der Verfassung nicht treuen Regierung gegenüber sind ebenso wenig Bürgschaften zu finden, wie einer parlamentarischen Kammer gegenüber, die in ihren Beschlüssen sich an den Fortbestand des Reiches oder Staates nicht weiter kehren wollte, sondern daraufhin beschließen, bis er eben zu Grunde ginge. Auf beiden Seiten muß man doch eine ehrliche, vernünftige, gesetzliche und verfassungstreue Gesinnung und Absicht voraussetzen; sonst kommt man ja überhaupt aus den Hemmnissen, und dem gegenseitigen Mißtrauen, und einem gewissen gegenseitigen Verschanzungskampfe und Ringen nach Macht im Innern gar nicht heraus und kommt über diese Streitigkeiten eben nicht dazu, zu erwägen: wie sitzt der schwere Steuerrock dem Volke am bequemsten, oder

vielmehr: wie läßt er sich am bequemsten tragen; denn ganz bequem sitzt der Steuerrock niemals! Es ist immer besser, man hat keinen.

Reichstag, 10. März 1877.

* * *

Es hat ja etwas verführerisches, sich ein Reichsministerium zu denken, das im Reiche innerhalb der Grenzen und Competenzen, die die Verfassung dem Reiche zuweist, dieselbe Machtvollkommenheit ausüben und dieselbe Verantwortlichkeit dem Reichstage gegenüber tragen würde, wie ein Ministerium im Einzelstaate dies thut und trägt; aber ich glaube, Sie täuschen sich über die Entwickelung, die das nehmen würde. Die Macht der Stammeseinheit, der Strom des Particularismus ist bei uns immer sehr stark geblieben; er hat an Stärke gewonnen, seitdem ruhige Zeiten eingetreten sind. Ich kann sagen: die Reichsfluth ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe darin entgegen. Ich weiß nicht, ob ich es tadeln soll, oder ob es ein gesunder, naturgemäßer Entwickelungsgang ist. Es wird auch die Reichsfluth wieder steigen. Man muß nur nicht annehmen, daß in drei Jahren oder selbst in zehn Jahren alle diese Sachen fertig gemacht werden können. Ueberlassen Sie unseren Kindern auch noch eine Aufgabe; sie könnten sich sonst langweilen in der Welt, wenn gar nichts mehr für sie zu thun ist. Man muß einer natürlichen, nationalen, organischen Entwickelung Zeit lassen sich auszubilden und nicht ungeduldig werden, wenn sie Stagnationen, ja selbst rückläufige Bewegung hat, und darf denen, die diese rückläufige Bewegung verursachen, das nicht so übel deuten. Die können sich doch nicht umformen und können nicht vollständig, wenn

sie in bestimmten Richtungen der Politik aufgewachsen sind, wenn sie zeitlebens es als ihre höchste Ehre betrachtet haben, den Particularinteressen zu dienen, nun mit einem Male dem Allgemeinen zum Opfer gebracht werden. Ja der höhere nationale Schwung, die Erziehung treibt dazu: ich bin überzeugt, unsere Kinder werden es viel natürlicher finden als unsere Greise. Aber darüber, daß ein gewisses Widerstreben stattfindet, daß nicht Alles plötzlich Einem entgegengebracht wird, wollen wir uns auch nicht zu sehr grämen und wollen deswegen auch nicht so schwarz in die Zukunft blicken, namentlich auch denen, die von ihrer Ueberzeugung nicht los können und doch zu den National- und Reichsgenossen gehören, es gar nicht übel nehmen, wenn ein alter Geist in ihnen noch fortgährt.

Reichstag, 10. März 1877.

* * *

Ich halte es für gefährlich, obschon wir in unserem deutschen Nationalcharakter, der immer das Beste will und darüber das Gute oft verliert, uns nicht davon trennen können, — daß wir aus dem Verfassungmachen gar nicht herauskommen, daß wir der Verfassung, die ja unvollkommen ist und immer sein wird, nicht Zeit lassen, einmal zu Athem zu kommen und sich zu beruhigen auf einer immerhin unvollkommnen Etape. Reichstag, 13. März 1877.

* * *

Ich muß daran erinnern, daß die Gelehrten gerade in der Regel, obschon Ausnahmen da sind, den Beruf zur praktischen Diplomatie nicht in hervorragender Weise bethätigt

haben. Die Arbeit des Diplomaten, seine Aufgabe besteht in dem praktischen Verkehr mit Menschen, in der richtigen Beurtheilung von dem, was andre Leute unter gewissen Umständen wahrscheinlich thun werden, in der richtigen Erkennung der Absichten Anderer, in der richtigen Darstellung der seinigen; ich möchte sagen persönliche Liebenswürdigkeit und Menschenkenntniß wirken dabei oft viel mehr. Wir haben ziemlich viel ungelehrte Diplomaten gehabt, die doch factisch die leistungsfähigsten waren. Reichstag, 14. März 1877.

* * *

In Betreff der Stellung Deutschlands zur orientalischen Frage, bezw. zum Berliner Congreß von 1878.

Die freie Hand, welche Deutschland sich erhalten hat, die Ungewißheit über Deutschlands Entschließungen mögen nicht ganz ohne Mitwirkung an der bisherigen Erhaltung des Friedens sein. Spielen Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch — und jeder weiß, wie er sich danach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittelung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nun bei den divergirenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein und dahinter steht die Macht des Deutschen Reiches, sondern ich denke sie mir bescheidener, ja — ohne Vergleich im Uebrigen stehe ich nicht an, Ihnen etwas aus dem gemeinen Leben zu citiren — mehr als die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu Stande bringen will. Wir sind also in der Lage, einer Macht, die geheime Wünsche hat, die Verlegenheit zu ersparen, sich entweder einen Korb oder eine

unangenehme Antwort zu holen. Wenn wir mit beiden gleich befreundet sind, können wir zuvor sondiren und dem Andern sagen: thue das nicht, versuche es so und so anzubringen. Das sind geschäftliche Hülfsmittel, die sehr zu schätzen sind. Ich habe eine langjährige Erfahrung in diesen Dingen und ich habe mich oft überzeugt, wenn man zu zweien ist, fällt der Faden öfter, und aus falscher Scham nimmt man ihn nicht wieder auf. Der Moment, wo man den Faden wieder aufnehmen könnte, vergeht und man trennt sich in Schweigen und ist verstimmt. Ist aber ein Dritter da, so kann dieser ohne weiteres den Faden wieder aufnehmen, ja, wenn getrennt, bringt er sie wieder zusammen. Das ist die Rolle, die ich mir denke und die den freundschaftlichen Verhältnissen entspricht, in denen wir in erster Linie mit unsern befreundeten Grenznachbarn auf langgedehnten Länderstrecken überhaupt leben . . . . . Ich weiß, daß ich in dieser Beziehung sehr viele Erwartungen täusche, aber ich bin nicht der Meinung, daß wir den Napoleonischen Weg zu gehen hätten, um, wenn nicht der Schiedsrichter, auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen.

Reichstag, 12. Februar 1878.

* * *

Deutschland ist durch seine Erstarkung auch zu neuen Verpflichtungen herangewachsen. Aber wenn wir eine große Anzahl Bewaffneter in die Wagschale der europäischen Politik werfen können, so halte ich doch Niemanden dazu berechtigt, der Nation und dem Kaiser, den Fürsten, die im Bundesrath zu beschließen haben, wenn wir Angriffskriege führen wollten, den Rath zum Appell an die erprobte Bereit=

willigkeit der Nation zur Hingabe von Blut und Vermögen für einen Krieg zu ertheilen. Nur für den Schutz unserer Unabhängigkeit nach außen, unserer Einigkeit unter uns und für diejenigen Interessen, die so klar sind, daß, wenn wir für sie eintreten, nicht blos das einstimmige nothwendige Votum des Bundesraths, sondern auch die volle Ueberzeugung, die volle Begeisterung der deutschen Nation uns trägt — nur einen solchen Krieg bin ich bereit dem Kaiser anzurathen.

Reichstag, 12. Febr. 1878.

* * *

Ich möchte ein Vorurtheil bekämpfen, welches sich, wie ich fürchte, in unserer öffentlichen Meinung festsetzt, nämlich, daß Regierung und Volk zwei Körper wären, die ein verschiedenes Interesse hätten, und daß man mit Genehmigung einer Vorlage der Regierung eine Gefälligkeit erweisen könnte, welche diese mit einer Gegenconcession beantworten müsse. Das halte ich für eine Verschiebung der Verhältnisse. Wir leben unter demselben Dach, wir haben dasselbe Interesse, und eine Verkümmerung der Regierungsgewalt, ein Verfallen unseres wirthschaftlichen Lebens — ich wüßte nicht, warum mir das mehr am Herzen liegen sollte als einem unter Ihnen (den Volksvertretern). Was Sie aushalten, kann ich auch aushalten; wir haben das gleiche Interesse, zu bessern, wenn das Dach durchregnet, und können uns nicht als zwei Parteien hinstellen, von denen die eine sagt: gib mir erst das, dann will ich dir jenes geben. Diese Wand von Holz, die zwischen uns liegt, ist keine Scheide für unsere Gefühle, die wir für Reich und Land hegen, für deren gesammte Interessen, und wenn ich morgen nicht mehr Kanzler,

sondern Abgeordneter bin, und da unten sitze, und einer von Ihnen hier oben, so wird es mir nie einfallen, über die Dinge anders zu denken in der Eigenschaft eines Abgeordneten, als in der Eigenschaft als Minister. Die acute Ministersäure, die in früheren Zeiten existirt haben mag, wo einer, sei es für den Absolutismus, sei es für seine eigene Herrschaft, vielleicht mehr als für das Land gekämpft und als das Seinige betrachtet hat, was er der Volksvertretung an Rechten abgewinnen konnte, die ist uns gründlich ausgetrieben, das gehört vergangenen Zeiten an. Wir erstreben und wollen alle dasjenige Maß von Freiheit und Unabhängigkeit und freier Bewegung der Volksvertretnng, was mit der Sicherheit und Stetigkeit unserer Einrichtungen überhaupt nur irgend verträglich ist; wir haben dieselben Ziele, und wenn wir über die Wahrheit ganz zweifellos einig sind, dann, glaube ich, wird auch diese kranke Blässe des Mißtrauens schwinden, die dem Minister gegenüber immer auf den Conflictsmoment rechnet und nur fragt: wie wird das Beschlossene da wirken, wie stellt sich da die Probe auf das Exempel, wenn wir in Conflict kommen? Ein Conflict ist eine so unnatürliche Sache, und wenn er einmal kommt, pflegt sein Ausgang und sein Verlauf wenig von den einzelnen Clauseln, die man sich gegenseitig schriftlich gegeben hat, abhängig zu sein. Reichstag, 5. März 1878.

* * *

Ich betrachte es als einen wesentlichen Fortschritt, daß wir eigene Reichsbeamte, eigene Reichsinstitutionen haben, und als Aufgabe der Thätigkeit eines jedesmaligen Reichs

kanzlers nur die, die Frictionen dieser neuen Reichsinstitutionen mit den althergebrachten Institutionen der einzelnen Staaten zu vermeiden und zu vermitteln, soweit er kann. Da ist nun der schwarzweiße Anstrich der Sache gerade nicht das richtigste Mittel, rein äußerlich, wir hängen aber sehr von Aeußerlichkeiten ab. Um das vor Augen zu bringen, erlaube ich mir, an eine der großen historischen Thatsachen zu erinnern, die für die Herstellung des deutschen Reiches entscheidend und maßgebend waren. Es war der Brief, den Se. Majestät der König von Bayern an Se. Majestät den jetzigen deutschen Kaiser schrieb, als wir in Versailles waren. Ohne auf den Wortlaut einzugehen, war ein Hauptgedanke in diesem Briefe: Die bedeutsamen Rechte, die ich hierdurch einem andern Fürsten in meinem Lande einräume, kann ich einem Könige von Preußen nicht einräumen, die kann ich nur einem deutschen Kaiser geben. Es war damit der meines Erachtens richtige Standpunkt ausgedrückt und, wenn ich mich richtig erinnere, in diesem Sinne motivirt: der deutsche Kaiser ist mein Landsmann, der kann Rechte hier ausüben; der König von Preußen ist mein Nachbar. Dieses Gefühl ist meines Erachtens ein hochberechtigtes durch den ganzen Lauf der deutschen Particulargeschichte, und selbst von Seiten Derer, die geneigt wären, diese Berechtigung in minderem Maaße anzuerkennen wie ich, möchte ich wünschen, daß sie sich daran gewöhnen, damit zu rechnen.

Reichstag, 8. März 1878.

* * *

Gegen die Anschuldigung, sich mit Lassalle zu weit eingelassen zu haben.

In allen politischen Verbindungen ist das do ut des eine Sache, die im Hintergrunde steht, auch wenn man anstandshalber einstweilen nicht davon spricht. Wenn man sich aber sagen muß: was kannst du armer Teufel geben?... Unsere Beziehung konnte gar nicht die Natur einer politischen Verhandlung haben. Reichstag, 17. Sept. 1878.

* * *

Ich muß dagegen remonstriren, daß mir bei Gelegenheit der Auflösung des Reichstags eine Tendenzpolitik Schuld gegeben worden ist, als wenn ich irgendwelche Reaction oder Systemsumwandlung erstrebt hätte. Ich habe bei der Auflösung nichts erstrebt, als daß die Abgeordneten sich mit ihren Wählern über die Situation besprechen möchten, und habe die Hoffnung gehabt, daß Sie wie Antäus durch Berührung der heimatlichen Erde gestärkt wiederkommen möchten. Daß Sie es nicht alle gethan haben, thut mir leid, aber Tendenzpolitik ist mir fremd; die habe ich allenfalls getrieben, ehe ich in den Staatsdienst trat, wo ich auch ein zorniges Fractionsmitglied war; aber für einen preußischen, für einen deutschen Minister ist das ganz unmöglich. Ich habe bestimmte, positive, praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat, nach meinem Wunsche beide gemeinsam helfen sollten. Aber wer die Ziele mit mir erstrebt, — ob man sie sofort erreicht, oder nach langjähriger, gemeinschaftlicher Arbeit ihnen näher kommt und sie schließlich erreicht, darauf kommt es so sehr nicht an — ich gehe mit dem, der mit den

Staats- und mit den Landesinteressen nach meiner Ueberzeugung geht, die Fraction, der er angehört, ist mir vollständig gleichgiltig. Ich habe ja angenehme und unangenehme Erlebnisse mit verschiedenen Fractionen gehabt, und ich muß mich, welches auch meine, jedem Manne, der Eifer für sein Geschäft hat, natürliche Empfindlichkeit sein mag, wenn ich im Stich gelassen werde, bei dieser oder jener Gelegenheit, derselben vollständig entschlagen in meinem Amte. Ich kann mich von der Menschlichkeit, empfindlich zu sein, nicht lossagen; ich räume aber ein, daß ich als Minister nicht das Recht habe, empfindlich zu sein, sondern ich muß den Beistand annehmen, der mir geboten wird.

Reichstag, 9. Oct. 1878.

* * *

Ich habe mich früher in eine Beurtheilung wirthschaftlicher Fragen nicht eingelassen, sondern ich habe die bedeutendsten Leute und Staatsmänner, die mir ihre Hülfe gewähren wollten, zu werben gesucht, um dieses Werk, das ich unternommen hatte, mit mir in Gemeinschaft durchzuführen.... Ich bin ein Mann, der an Autoritäten glaubt und sich ihnen da, wo ich nicht nothwendig auf mein eigenes Urtheil verwiesen bin, gern unterordnet. Wenn ich, dem Rock entsprechend, den ich trage, zu Felde zu ziehen hätte und ich hätte das Glück, vom Herrn Feldmarschall Graf Moltke geleitet zu werden, so würde ich mich unbedingt seiner Führung unterordnen und erst dann, wenn er sagt: jetzt geh' ich nach Hause, würde ich sagen: ja, jetzt stehe ich auf mich selber angewiesen und muß mir selbst helfen ... Ich bin als Kanzler, allein gelassen, verpflichtet, meine

Meinung zu haben, nicht blos berechtigt; ich bin verpflichtet, nach meiner Meinung zu handeln'; ich bin genöthigt gewesen, den Sachen näher zu treten, über die wir verhandeln, ich habe meine Ueberzeugung inzwischen vollständig festgestellt und werde danach handeln, auch wenn ich einen sofortigen Erfolg nicht finden sollte; ich werde dann denselben Weg von neuem versuchen, wenn ich in meinem Amte bleibe, was ich ja nicht weiß .... Der Kampf wird uns Jahre hindurch beschäftigen, aber ich hoffe, er wird zum Heil, zum Glück, zur Prosperität unseres Vaterlandes führen.

Reichstag, 20. Febr. 1879.

* * *

In gewissen staatswirthschaftlichen Fragen halte ich von der Wissenschaft gerade so wenig, wie in irgend einer andern Beurtheilung organischer Bildungen. Unsere Chirurgie hat seit zweitausend Jahren glänzende Fortschritte gemacht; die ärztliche Wissenschaft in Bezug auf die inneren Verhältnisse des Körpers, in die das menschliche Auge nicht hineinsehen kann, hat keine gemacht: wir stehen demselben Räthsel heute gegenüber wie früher. So ist es auch mit der organischen Bildung der Staaten. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt, ich urtheile nach der Erfahrung, die wir erleben.... Die Frage des Schutzzolls ist keine politische, sondern eine rein wirthschaftliche Frage. Wir wollen sehen, wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Circulation des Blutes wieder zuführen können.

Reichstag, 2. Mai 1879.

* * *

Wir wollen alle mit gleichen Schultern tragen und die Gerechtigkeit in Vertheilung der Lasten soll sein für alle, auch für den geduldigen Landmann. Reichstag, 21. Mai 1879.

* * *

Ich habe, seit ich Minister bin, nie einer Fraction angehört, auch nicht angehören können, ich bin successive von allen gehaßt, von einigen geliebt worden. Als ich zuerst im Jahre 1862 das preußische Ministerpräsidium übernahm, das ist in Aller Angedenken, bis zu welcher — ich kann wohl sagen — vaterlandsfeindlichen Höhe sich der Haß mir gegenüber verkörperte und bis zu gewissem Maaße auch gegen die höheren Einflüsse, die mich auf dem Posten erhielten. Ich habe mich dadurch nicht beirren lassen und habe auch nie versucht, mich dafür zu rächen, ich habe von Anfang meiner Carriere an nur den einen Leitstern gehabt: durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und, soweit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird. Zu diesen Mitwirkenden rechne ich aber auch die Regierung und halte es für Deutschland für einen ganz außerordentlich großen Vorzug im Vergleich mit andern Ländern unitarischer Verfassung, daß das dynastische Element auch außerhalb Preußens noch eine Gewalt hat, die zu den Stützen der Ordnung gezählt werden muß, und die wir, wenn wir deren Band unitarisch zerreißen wollten, durch keine andere gleich starke Bindekraft würden ersetzen können. Ich verlange nicht dieselbe Ueberzeugung von Jedem, ich will überhaupt Niemand überreden, ich will nur darlegen,

wie ich zu meiner Stellung jetzt den Fractionen gegenüber komme. Als wir aus dem Kriege 1866 zurückkamen, wäre es ja für mich in der Stellung, die ich damals, in kleinerem Kreise einflußreicher als heute, einnahm, sehr leicht gewesen, ja ich habe sogar mit Mühe mich dessen zu erwehren gesucht, zu sagen: jetzt ist Preußen größer geworden, die Verfassung ist dafür nicht mehr berechnet, wir müssen sie neu vereinbaren; kurz die kühnste und einschneidendste Reactionspolitik mit dem Erfolge, der noch von Königgrätz an den Dingen klebte, mit vollen Segeln zu treiben. Sie wissen, daß ich das Gegentheil gethan habe, und daß ich mir dadurch zuerst die Abneigung eines großen Theils meiner älteren politischen Freunde zugezogen habe, und es hat mir schwere Kämpfe gekostet, das Gegentheil, die Indemnität, das Fortsetzen des constitutionellen Systems durchzuführen. Habe ich das aus Liebe zum constitutionellen System gethan? Meine Herren, ich will mich nicht besser machen, als ich bin: ich muß das ganz bestimmt verneinen. Ich bin kein Gegner des constitutionellen Systems, im Gegentheil, ich halte es für die einzig mögliche Regierungsform, — aber wenn ich geglaubt hätte, daß eine Dictatur in Preußen, daß der Absolutismus in Preußen der Förderung des deutschen Einigungswerkes nützlich gewesen wäre, so würde ich ganz unbedingt und gewissenlos zum Absolutismus gerathen haben. Aber ich habe mich nach sorgfältigem Nachdenken — und ich habe schwere und mir theure, nahestehende Einflüsse zu bekämpfen gehabt — dafür entschieden: nein, wir müssen auf der Bahn des Verfassungsrechts weiter gehen, was außerdem meinen inneren Empfindungen und meiner Ueber-

zeugung von der Gesammtmöglichkeit unserer Politik entspricht. Das Entgegenkommen, welches ich damals für die mit mir versöhnten Gegner gehabt habe, und welches in meiner vielleicht fehlerhaft angelegten Natur nach der Versöhnung wohl etwas überfließend sein mochte, hat mir zuerst also die Vorbereitung zu dem späteren Bruche mit der conservativen Partei eingetragen. Es entstand dann für mich, thatsächlich aus den Beziehungen der kirchlichen Frage zur politischen, der Conflict über die kirchlichen Angelegenheiten. Dieser Kampf beraubte mich der natürlichen Unterstützung der conservativen Partei, auf die ich hätte rechnen können, und die Wege, die ich, um die Verfassung des Deutschen Reiches auszubauen und in Activität zu setzen, um ihr durch praktische Belebung eine Bürgschaft der Dauer zu gewähren — die Wege, die ich dazu gehen mußte, wären wahrscheinlich andere geworden, wenn die conservative Partei mich nicht damals im Stiche gelassen hätte. Es kam dazu der schwere Kampf, den ein augenblickliches Hochglühen der tausendjährigen Streitfrage zwischen Staat und Kirche, zwischen Kaiser und Papst veranlaßte, der Streitfrage, die in unserer Geschichte seit tausend Jahren jederzeit gelegen hat, zeitweise ist sie lebhafter geworden, zeitweise stiller. Ich habe in diesem Conflicte gekämpft mit der Lebhaftigkeit, die mir, wie ich hoffe, in allen Sachen, wo es sich meinem Bewußtsein nach um das Wohl meines Vaterlandes und um die Rechte meines Königs handelt, so lange ich lebe, eigenthümlich bleiben wird, aber ich muß auch hier sagen: ich halte Conflicte wohl unter Umständen für tapfer durchzukämpfende, aber nie für eine auf die Dauer zu erstrebende

Institution, und wenn sich Mittel und Wege bieten, die Schärfe der Gegensätze zu mildern, ohne daß man die Principien der eigentlichen Streitfrage berührt, wenn man sich gegenseitig kennen und durch gemeinsames Arbeiten an einem gemeinsamen und hohen Zwecke sich gegenseitig achten lernt — ja so liegt es doch wahrlich nicht in meiner Berechtigung als Minister, solche Wege zu verschließen und von der Hand zu weisen.

Wenn ich nach 1871 durch diese von mir nicht abhängigen Erscheinungen und Kämpfe enger an die liberale Fraction gedrängt wurde, als es für den Minister und für den Reichskanzler auf die Dauer vielleicht haltbar ist, wenigstens gerade soweit, wie es möglich war, so habe ich dadurch die Beziehungen zu den übrigen Kreisen des Reiches und der Bevölkerung doch unmöglich für immer aufgeben können. Ich habe geglaubt — und habe das in der Socialistendebatte auch entwickelt — wir würden, vom rechten Flügel ab gezählt, in drei Bataillonen, vielleicht getrennt, marschiren und vereint fechten können. Diese meine Vorausberechnung hat sich leider nicht bestätigt, und die Umstände, nicht mein Wille, haben es so gedreht, daß die Stellung der Herren, die mich früher häufig und nach ihrer Weise unterstützten, die Kämpfe nicht ausschloß, daß die Herren mir gegenüber in ihrer Presse, in ihrer angesehensten und accreditirtesten Presse, in einen Zorn und eine Sprachweise verfallen sind, die mich vollständig degoutiren und abwendig machen mußte. Es haben ähnliche Vorfälle auch vor versammeltem Reichstage stattgefunden, daß durch einzelne hervorragende Mitglieder der Reichskanzler in einer Weise abgekanzelt worden ist — kann ich wohl sagen — öffentlich,

wie es ein Mitglied einer befreundeten Fraction wohl niemals ohne Mißbilligung der Fraction gethan haben würde.

Alles das sind Gründe, die mich gegenüber diesen meinen früheren — ich hoffe auch wieder zukünftigen — Kampfgenossen in dieselbe Stimmung setzten, die sie mir gegenüber bekundet und öffentlich ausgesprochen haben: kühl bis ans Herz hinan. Ich kann, die Regierung kann doch den einzelnen Fractionen nicht nachlaufen, sondern sie muß ihre eigenen Wege gehen, die sie für richtig erkennt; in diesen Wegen wird sie berichtigt werden durch die Beschlüsse des Reichstags, sie wird der Unterstützung der Fractionen bedürfen, aber der Herrschaft einer Fraction wird sie sich niemals unterwerfen können! — Unter diesen Umständen bin ich dazu gekommen, nachdem die Lücke, die das Ausscheiden meines Herrn Collegen Delbrück im Reichskanzleramte ließ, mich nöthigte, mich enger, näher als bisher, mit den wirthschaftlichen Fragen zu befassen — bin ich zu Ueberzeugungen gekommen, an deren Durchführung ich von dem Augenblick an, wo sie bei mir feststanden, die ganze Kraft des Einflusses, der mir amtlich vertraut ist, gesetzt habe. Ob ich auf der Bahn Niederlagen erleiden mag, ob ich wieder von vorne anfangen muß — ja so lange ich Minister bleibe, werde ich in diesen Bestrebungen nicht nachlassen; mein Vorbild ist darin Robert Bruce in seiner Geschichte mit der Spinne, an deren stetem Wiederaufklimmen nach dem Herunterfallen er sich ermuthigte, um seinerseits das, was er für recht und seinem Vaterlande für nützlich hielt, auch bei den übelsten Aussichten nicht aufzugeben. Für das, was ich unternommen habe, liegen aber die Aspecten

nicht einmal übel und entmuthigend, und es wäre meines Erachtens ein Verrath an der Sache, die ich im Namen des Vaterlandes hier vertrete, und die ich nicht frivol unternommen habe, wenn ich wegen solcher Quisquilien, meiner Ansicht nach, wie sie die eine Theorie von der andern unterscheiden, das Ziel sollte unerreicht lassen in dem Augenblick, wo ich die Hand darnach ausstrecken könnte.... Ich für meinen Theil werde den Weg, den ich im Interesse des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis ans Ende gehen, unbeirrt, — mag ich Haß oder Liebe dafür ernten, das ist mir gleichgültig! Abgeordnetenhaus, 9. Juli 1879.

* * *

Ich weiß nicht, ob der Boden der Reichsverfassung fest genug ist, ob der Baum, den sie bildet, fest genug gewurzelt ist, um zur Unterlage derjenigen Parteikämpfe und particularistischen Strebungen zu dienen, welche heutzutage auf demselben ausgefochten werden sollen. — Ich halte den Boden, auf dem das Reich gegründet ist, noch nicht gewachsen und solide genug, um mit Vergessenheit der Folgen sich der deutschen Neigung hinzugeben, der Regierung Opposition zu machen. Gegen die Regierung mit allen Mitteln zu kämpfen, ist ja ein Grundrecht und Sport eines jeden Deutschen, und wenn man da einen allezeit bereiten Bundesgenossen findet, der alles mitmacht, so ist das sehr willkommen für jemand, der etwas gegen die Reichsregierung hat, aus besonderen Gründen, aus Ueberzeugung oder aus Fractionsgründen. Die Fortsetzung dieses Systems, die Partei, mit der zu meinem Bedauern ein principieller Zwiespalt herrscht (das Centrum), als einen willkommenen Kry-

stallisationspunkt für jedes Oppositionsgelüste zu benutzen, halte ich für die Reichsverfassung verderblich, namentlich verderblich im Sinne der Liberalen, noch mehr als im Sinne der Conservativen ..... Es gibt Regierungen, die aus particularistischen Bedürfnissen — weil sie sagen: jedes Sonderrecht wollen wir bereitwillig schützen, denn wir haben auch Sonderrechte, und deshalb wollen wir es hier mit dem Buchstaben der Bundesverfassung nicht so genau nehmen; wir sind also bereit, die vorhandene Opposition im Reichstag zu stützen, mag sie ausgehen, von wem sie will, für sie mit einzutreten, das Hemd ist uns näher als der Rock, es geht uns der Particularismus über die Reichsinteressen. Es finden sich auch andere Regierungen, die sich durch den Reichstag einschüchtern lassen — die Furcht vor parlamentarischen Unannehmlichkeiten ist ja bei den meisten Politikern und auch bei denjenigen, die ihr ganzes Leben darunter zugebracht haben, vielleicht viel größer, als sie bei mir ist. Ich habe in meinem Leben Gelegenheit gehabt, meine Probe dahin zu machen, daß ich mich nicht überlaufen lasse; ich habe mich weder von parlamentarischen noch von particularistischen Bestrebungen überlaufen lassen, und ich hoffe, Gott wird mir auch für mein jetziges Alter, obschon ich körperlich geschwächt bin, die geistige Energie nicht verkümmern, daß ich jedem solchen Versuche des Ueberlaufens dauernd und fest entgegentrete .... Ich habe nunmehr den Kampf für die deutsche Einheit seit dreißig Jahren geführt ... Ich bin nicht mehr jung, ich habe gelebt und geliebt — gefochten auch, und ich habe keine Abneigung mehr gegen ein ruhiges Leben. Das Einzige, was mich in

meiner Stellung hält, ist der Wille des Kaisers, den ich in seinem hohen Alter gegen seinen Willen nicht habe verlassen können — versucht habe ich es mehrmals. Aber ich kann Ihnen sagen, ich bin müde, todmüde und namentlich, wenn ich erwäge, gegen was für Hindernisse ich kämpfen muß, wenn ich für das Deutsche Reich, für die Deutsche Nation, für ihre Einheit eintreten will ... Können die liberalen Parteien sich nicht dazu entschließen, dem Centrum die Heerfolge absolut und für immer zu versagen, dann sind meine Voraussichten trübe; können sie das, so will ich meine letzten Kräfte dem Streben dazu widmen. Reichstag, 8. Mai 1880.

* * *

Ich werde auf der Bresche sterben, so Gott will, vielleicht auf dieser Stelle dermaleinst wenn ich nicht mehr leben kann. Ein braves Pferd stirbt in den Sielen.

Abgeordnetenhaus 4. Februar 1881.

* * *

Man wirft mir mitunter vor, daß ich mich durch Interessen meines Berufsstandes etwas leiten ließe in den gesetzlichen Maßregeln. Es handelt sich in solchen Fragen für mich immer um Kleinigkeiten. Ich bin durch die Gnade des Königs so reich geworden, daß ich kleine Steuervortheile nicht nöthig habe. Außerdem ist es auch nicht wahr. Ich habe nichts mehr befördert, als wohlfeile Eisenbahntransporte inländischer Kohlen, und nichts ist mir als Waldbesitzer nachtheiliger als dieses. Das ist der einzige Concurrent, den ich habe, ich habe ihn mit Vergnügen gesehen, indeß ich will nicht weiter pro domo sprechen. Ich sage nur: wenn ein Minister sofort der Verdächtigung ausgesetzt ist, daß man

ihm nachweisen kann: bei diesem Gesetz hat er dies oder das Standes- oder Besitz-Interesse — ja, meine Herren, dann müssen Sie nur solche Minister haben, die gar kein Interesse an irgend etwas haben, die kein Haus unter der Sonne haben und keinen Groschen im Vermögen, sonst werden sie durch solche Insinuationen jederzeit derselben Verdächtigung ausgesetzt. Dann lassen Sie uns aus den Klöstern, die das Gelübde der Armuth haben, — vielleicht ist auch das der Keuschheit nothwendig — die Männer holen, die hier am Ministertische sitzen sollen, aber verlangen Sie nicht mehr Leute von Fleisch und Blut, die Gefühl dafür haben, wie einem zu Muthe ist, der Steuern und Staatslasten zahlt. Ich meine aber, daß wir gerade solche Leute zu Ministern haben müssen, die das wissen, und ich glaube, ich bin in dieser Beziehung auch ganz an meinem Platze.

Abgeordnetenhaus, 4. Febr. 1881.

* * *

Ich erlaube mir, auf die so oft vorkommenden Vorwürfe zurückzukommen, als hätte ich meine Ansichten über diese oder jene Sachen häufig und schroff gewechselt. Nun, ich gehöre allerdings nicht zu denen, die jemals im Leben geglaubt haben, oder heute glauben, sie könnten nichts mehr lernen, und wenn mir einer sagt: vor zwanzig Jahren waren Sie mit mir gleicher Meinung, heute habe ich dieselbe Meinung noch, und Sie haben eine entgegengesetzte, so antwortete ich ihm darauf: ja, so klug, wie Sie heute sind, war ich vor zwanzig Jahren auch, heute bin ich klüger, ich habe gelernt in den zwanzig Jahren. Aber ich will

mich auf diesen berechtigten Einwand nicht zurückziehen, daß ein Mensch, der nicht lernt, nicht fortschreitet mit seiner Zeit und also auch der Zeit nicht gewachsen bleibt; der bleibt zurück, wer feststeht auf dem Standpunkte, den er einmal gehabt hat. Ich will mich damit gar nicht entschuldigen; für mich hat immer nur ein einziger Compaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: Salus publica. Ich habe von Anfang meiner Thätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: was ist für mein Vaterland, was ist — solange ich in Preußen war — für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doctrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen, alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie; in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei athmen können. Alles, was nachher folgen mag, liberale, reactionäre, conservative Verfassung — meine Herren, ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus festgebaut dasteht. In dieser Parteifrage kann ich zum Nutzen des Landes dem Einen oder dem Andern näher treten, die Doctrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. Schaffen wir zuerst einen festen, nach außen gesicherten, im Innern festgefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau, und dann fragen Sie mich um

meine Meinung, in welcher Weise mit mehr oder weniger liberalen Verfassungseinrichtungen das Haus zu möbliren sei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: Ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung, machen Sie mir Vorschläge, und wenn der Landesherr, dem ich diene, beistimmt, so werden Sie bei mir principielle Schwierigkeiten wesentlich nicht finden. Man kann es so machen oder so, es gibt viele Wege, die nach Rom führen. Es gibt Zeiten, wo man liberal regieren mußte, und Zeiten, wo man dictatorisch regieren muß; es wechselt Alles, hier gibt es keine Einigkeit. Aber von dem Bau des deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe und nicht blos eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin habe. Seiner Schöpfung und Consolidation habe ich meine ganze politische Thätigkeit vom ersten Augenblicke, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe.

Reichstag, 24. Februar 1881.

* *
*

Seit fünfzig Jahren sprechen wir von einer socialen Frage. Seit dem Socialistengesetz ist immer an mich die Mahnung herangetreten, von amtlicher, hochstehender Seite und aus dem Volke: es sei damals versprochen, es müsse auch positiv etwas geschehen, um die Ursachen des Socialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen;

die Mahnung ist bis zu diesem Augenblicke an mich toto die herangetreten, und ich glaube nicht, daß mit der socialen Frage, die seit fünfzig Jahren vor uns schwebt, unsere Söhne oder Enkel vollständig ins Reine kommen werden. Keine politische Frage kommt überhaupt zu einem vollständigen mathematischen Abschluß, daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann, sie stehen auf, haben ihre Zeiten und verschwinden schließlich unter andern Fragen der Geschichte; das ist der Weg einer organischen Entwickelung. Ich halte es für meinen Beruf, dieser Frage ohne Parteileidenschaft, ohne Aufregung, — ich bedaure, daß die Parteifragen so hineinspielen — in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer sie mit Erfolg in Angriff nehmen soll, wenn es die Reichsregierung nicht thut. Ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das „laissez faire, laissez aller“, „das reine Manchesterthum in der Politik“, „Jeder sehe, wie er's treibe, Jeder sehe, wo er bleibe“, „wer nicht stark genug ist zu stehen, der wird niedergerannt und zu Boden getreten“, „wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen“ — daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne; im Gegentheil, ich glaube, daß diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutze des Schwächeren perhorresciren, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie beiwohnt, zum Gewinn eines Anhanges, zur Unterdrückung der Anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft

ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gestört wird. . . . Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsere heutige Armengesetzgebung geschützt. Nach dem Landrechte wenigstens soll niemand verhungern; ob es nicht dennoch geschieht, weiß ich nicht. Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen. In dem Gesetze über die Unfallversicherung liegt auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein Peculium an sich trägt, über das Niemand außer ihm verfügen kann, und das ihm auch nicht entfremdet werden kann, über das er als Armer selbständig verfügen kann und das ihm manche Thüre leichter öffnet. Reichstag, 2. April 1881.

* * *

Das Reich hat ein Recht darauf, daß mehr als die Hälfte der im Lande gewählten Abgeordneten bei einem solchen Beschlusse anwesend sei, der auf die Geschicke der Nation einen wesentlichen, dauernden und schwer wieder zu beseitigenden Einfluß übt. Die Hälfte des Reichstags ist nicht mehr der Reichstag, sowie die Verfassung ihn kennt, sie hat auch nicht das Ansehen im Publicum und in der öffentlichen Meinung . . . Der frühere Eifer der Reichstagsabgeordneten hatte wohl auch darin seinen Grund, daß das deutsche Reich anfangs etwas Neues war; man hatte eine gewisse Weihnachtsfreude daran es zu besitzen und nahm

mit Vergnügen Theil daran; aber das „beati possidentes“ findet hier keine Anwendung. Was man hat, verliert an Werth, der Besitz macht gleichgültig — was man hat, das will man nicht, und was man nicht hat, das will man, und so geht es mit dem deutschen Reich. Seitdem es als wohl besessen erscheint, hat man nicht mehr dieselbe lebendige Theilnahme, es ist nichts neues mehr, es kommt vielen Leuten vor, als wenn es immer so gewesen wäre, namentlich denjenigen, die keine Erinnerung an die Vergangenheit haben, und als ob es immer so bleiben müßte. Ich möchte doch darum sehr inständig bitten, daß man sich diesem Wahn nicht hingiebt, als ob ohne eigene Mitwirkung, ohne eigene patriotische und selbstlose Hingebung für das Vaterland je eine Nation die Wohlthaten, deren sich jetzt die deutsche nach langer Entbehrung erfreut, sich auf die Dauer bewahren könnte. . . . . Das deutsche Reich ist uns noch lange nicht, bei unserem angeborenen Particularismus nicht nur staatlichem, sondern auch provinziellem und Ressort-Particularismus, — noch nicht so in Fleisch und Blut eingedrungen, daß wir nicht wohlthäten, es stets vor aller Augen auf den ersten Platz zu schieben und ihm den Ehrenplatz zu lassen.

Reichstag, 5. Mai 1881.

* * *

Glauben Sie nicht das, was die Zeitungen irrthümlich von mir behaupten, daß mich in dem Ausdruck der Besorgniß — ich kann wohl sagen: des Unwillens über die Anschauung der Gegenwart über meine Leistungen das Gefühl leitet, als ob ich persönlich verletzt wäre, als ob ich persönlich etwa einen Dank vermisse, auf den ich Anspruch

gemacht hätte. Ich habe nie in meinem Leben auf Dank Anspruch gemacht, ich habe ihn nie erwartet, ich habe ihn nicht verdient, denn ich habe niemals um Dank gehandelt, sondern habe einfach meine Schuldigkeit gethan, nichts weiter, und wer seine Pflicht thut, ist ein getreuer Knecht, hat aber keinen Anspruch auf Dank. Alles das liegt mir außerordentlich fern. Ich habe gelernt ohne den Dank der Welt zu leben, ich habe ihn verloren, ich habe ihn wieder gewonnen, ich habe ihn wieder verloren — ich mache mir gar nichts daraus, ich thue einfach meine Pflicht. Wenn Sie irgend jemandem für die deutsche Einheit Dank schuldig sind, so ist es der Kaiser und sein Heer! Der Kaiser, der als König von Preußen seine Existenz, seine Krone dafür einsetzte, das Heer, welches unter einer intelligenten Führung, aber auch mit großen Leistungen, wie sie selten sind, sich schlug; diesen sind Sie Dank für die deutsche Einheit und die Herstellung des deutschen Reiches schuldig, mir in sehr geringem Maß, und auf das geringe Maß, was etwa vorhanden ist, verzichte ich. Nehmen Sie an, daß der böhmische Krieg mißlang, daß dieser zur Entscheidung der deutschen Verhältnisse, zur Durchhauung des gordischen Knotens, in dessen Verschlingung wir seit langen Jahrhunderten lagen, nothwendige Krieg für Preußen verloren ging, so war ja ganz klar, daß ich, wenn ich überhaupt nach diesem Vorfall lebendig meine Heimath wiedergesehen hätte, der allgemeine Sündenbock war, der Verbrecher, der das Vaterland leichtsinnig ins Verderben geführt hatte. Dies habe ich mir beim Einzuge von 1866 gesagt, und einer meiner Kameraden drückte sich damals so aus: „Wäre

es nicht so gekommen, so hätten Sie die alten Weiber mit Besenstielen bei uns todtgeschlagen.“ Das Verdienst nehme ich also nicht an; ich hatte meine Existenz, meine Ehre und Zukunft, mein Gewissen, möchte ich sagen, eingesetzt gehabt für das Gelingen dessen, was mir gelungen ist. Ich hätte meinem Herrn denselben Rath ertheilt, der zum Guten ausgeschlagen ist, als wenn er nicht so ausschlug. Nehmen Sie an (woran ich viel unschuldiger war), der französische Krieg mißlang, wie rasch wäre gesagt worden: daran wäre allein der leichtsinnige Kanzler schuld, dessen politischer Eigendünkel, dessen Ehrgeiz allein hat das Vaterland in das Verderben eines unglücklichen Krieges gestürzt. Das wäre sehr rasch gewesen, wie jetzt schon die Wendungen sind, dazu kenne ich die öffentliche Meinung genug. Also mein Verdienst und meine Bemühungen würden in beiden Fällen, wenn diese Kriege gelangen oder mißlangen, ganz dieselben sein, und gewiß wäre ich dem allgemeinen Haß und der Verfolgung, vielleicht Schlimmerem zum Opfer gefallen. Nun sind sie gelungen, meine Herren, das ist das Verdienst des Heeres, mir ist niemand Dank schuldig und wer von mir behauptet, ich erwarte ihn, der verleumdet mich — ich habe meine Pflicht gethan und weiter nichts.

Reichstag, 28. Nov. 1881.

* *
*

Es kommt nicht darauf an, was für eine Sorte Mensch ich bin, ob ich leichtfertig oder zuverlässig bin; es kommt darauf an, ob meine Vorlagen gut sind und richtig sind; die haben Sie zu prüfen. Ich muß aber seit 20 Jahren immer hören: „Der Herr Ministerpräsident hat gesagt.“

Nun, mag er Unsinn geredet haben, es fragt sich nur, ob seine Vorlage gut ist; eine sachliche Discussion ist beinahe nie gewesen, immer nur eine Kritik meiner Person, mich in Widerspruch zu bringen mit meiner Vergangenheit. Ich könnte dem Herrn Vorredner darauf antworten: Delicta juventutis meae ne memineris! Denn es ist schon lange her. Ich habe schon öfter gesagt: ich bin die ersten 15 Jahre meiner ministeriellen Thätigkeit von der auswärtigen Politik absorbirt gewesen und habe es gar nicht für meinen Beruf gehalten, mich um die innere Politik des Reiches wesentlich zu bekümmern, auch nicht die Zeit dazu gehabt; ich habe angenommen, daß das in guten Händen sei. Nachher bin ich, da mir die Hände, die ich für gut hielt, abhanden kamen, genöthigt gewesen, mir die Sache selbst anzusehen und habe gefunden, daß, wenn ich bis dahin in verba magistri geschworen hatte, die Thatsachen den Voraussetzungen nicht entsprachen, die unserer Gesetzgebung zu Grunde lagen. Ich habe den Eindruck gehabt, daß wir unter dem seit 1865 eingeführten Freihandelssystem der Auszehrung verfielen, die durch das Blut des Zuflusses der 5 Milliarden-Contribution einige Zeit aufgehalten wurde, und daß es nothwendig sei, hier eine Remedur eintreten zu lassen. Meine Herren, ich will Ihnen wünschen — Sie werden vielleicht einmal eine fortschrittliche Regierung haben — daß Sie dann Staatsmänner haben, die nie mit sich selbst in Widerspruch getreten sind, auch wenn sie 20 Jahre zurückgreifen, und die mit einer übermenschlichen Sicherheit und Weisheit von Haus aus vor 20 Jahren schon erkannt haben, wie sie nach 20 Jahren über die Dinge denken

würden. Das würden eben Leute sein, die mit ihrer Zeit nicht fortgeschritten sind, die aus ihrer Zeit nicht gelernt haben, wie ich überhaupt den Eindruck habe, daß die Fortschrittspartei und die ihr nahe verwandte, für die ich immer die Bezeichnung vergesse, ihren Namen des Fortschritts mit Unrecht trägt. Die Reichspolitik schreitet fort, geht mit ihrer Zeit; die Fortschrittspartei würde eher den Namen Hemmschuhpartei verdienen, sie negirt, was die Regierung bringt und bringt ihrerseits nichts, weil sie nichts weiß....

Ich weiß wirklich gar nicht, wovon Sie reden werden, wenn ich plötzlich in einer Versenkung verschwinde; dann bietet die Discussion kein Objectiv, der Kugelfang, zu dem ich gewissermaßen diene, wo jeder seine üble Laune ablagert in persönlicher Kritik gegen mich, ist fort und die Herren werden dann genöthigt sein, auf einander Feuer zu geben, wenn Niemand mehr zwischen ihnen steht, während sie sich jetzt an die Person des Reichskanzlers halten dafür, daß er nicht gerade bei der Fraction des Redners ist.....

Ich habe ausdrücklich gesagt: 15 Jahre hat mich die auswärtige Politik absorbirt, die Ziffer des Jahres 1877, die ich genannt, habe ich aus Gründen, die mir bekannt sind, ausdrücklich als eine entscheidende betrachtet für meine diplomatische Aufgabe, aber auch als eine solche, wo mir die Noth des Landes, das Ausblasen aller Hochöfen, das Zurückgehen des Lebensstandes, der Industrie, der Arbeiter, das Darniederliegen aller Geschäfte so nahe trat, daß ich mich um diese Dinge bekümmern mußte . . . .

Ich bin weder Reactionär, noch Absolutist, ich halte den Absolutismus für eine ganz unmögliche Sache. Ich

halte mich an unsere geschriebene Verfassung, die wir in Deutschland und in Preußen besitzen, die mir genügt, die aber von dem parlamentarischen System gar nicht spricht. Die preußische Verfassung behandelt die drei Factoren der Gesetzgebung auf gleichem Fuß, nicht etwa die Regierung und die beiden Häuser, sondern den König und die beiden Häuser, und die Reichsverfassung gibt nicht der Reichsregierung, von der immer die Rede ist, sondern dem Kaiser ganz bestimmte Rechte. Die Politik, die da getrieben wird im Reiche, ist von mir als Reichskanzler zu verantworten, aber sie bleibt Politik des Kaisers; ich vertrete die Politik des Kaisers, bin verantwortlich dafür, und der sachliche Kampf gegen die Politik des Kaisers wird mich immer bereit finden, diese Vertretung zur Wahrheit zu machen und die Verantwortlichkeit für die Politik des Kaisers zu übernehmen.

Reichstag, 1. Dec. 1881.

* * *

Was ich „praktisches Christenthum" genannt habe, ist die Bethätigung unserer christlichen Sittenlehre auf dem Gebiete der Nächstenliebe. Ich habe gefunden, daß jener Ausspruch mir manchen Gegner geschaffen hat, dem das Wort „christlich" unangenehm ist. Aber auch diejenigen, die an die Offenbarungen des Christenthums nicht mehr glauben, möchte ich daran erinnern, daß die ganzen Begriffe von Moral, Ehre und Pflichtgefühl, nach denen sie ihre Handlungen in dieser Welt einrichten, doch *wesentlich* nur die *fossilen Ueberreste des Christenthums ihrer Väter* sind, die ihre Handlungen unbewußt bestimmen . . . . Ich meinerseits bekenne mich offen dazu, daß mein Glauben an

unsere geoffenbarte Religion auf dem Gebiete der Sittenlehre vorzugsweise meinen Weg bestimmt; und das sind auch die Gesinnungen des Kaisers: damit hat die Frage vom christlichen oder nichtchristlichen Staate gar nichts zu thun. Ich, der Minister dieses Staates, bin ein Christ und entschlossen als solcher zu handeln.

Reichstag, 9. Jan. 1882.

* * *

Zur Vertretung des königlichen Neujahrserlasses an die Beamten und gegen den Vorwurf der Hausmeierei.

Wenn wir sehen, was das Königthum bei uns geleistet hat, so sollten wir uns doch bemühen, es zu fördern, zu pflegen, zu beleben und nicht dahin wirken, daß es gewissermaßen durch Nichtgebrauch obsolet wird. Alles in der Welt, was man in den Schrank stellt und nicht benutzt, das verliert an seiner Anwendbarkeit und Brauchbarkeit und so ist es auch mit dem für Preußen ganz unentbehrlichen monarchischen Elemente, welches in unserem stark monarchisch gesinnten Volke herrscht. Nehmen Sie uns das, was können die Herren denn an dessen Stelle setzen: „was kannst Du, armer Teufel geben?“ — womit ich aber Niemand in diesem Saale meine — wenn Sie uns diesen starken, in unserer hundertjährigen, ruhmvollen Geschichte tiefwurzelnden König zersetzen, verderben, in ein Wolkenkukuksheim verflüchtigen wollen, so hoch, daß wir ihn gar nicht mehr erblicken. Sie bringen uns damit das Chaos, und Sie haben, glaube ich, in Ihrem ganzen Vermögen nichts, was Sie an dessen Stelle setzen, wenn Sie dem Preußen die ausreichende hausbackene directe persönliche Be-

ziehung zum Königthum nehmen, und weil ich das weiß aus meinen eigenen Erlebnissen, aus der preußischen Geschichte und aus den Traditionen meiner Väter und meiner Verwandten, daß wir gar nichts haben an dessen Stelle, darum fechte ich und trete ich ein mit meiner Unterschrift für den lebendigen König, der entschlossen ist, sein Recht zu vindiciren und welcher sagt: ich habe das Recht und lasse es mir nicht nehmen, durch keine Reden und falsche Auslegungen der Verfassung, durch keine Legenden, die sich an die Verfassung knüpfen und die nicht darin stehen. Lassen Sie das Königthum durch Nichtgebrauch schwach werden — was sind denn die Vortheile davon? Ja die Belagerung dieser kleinen Ministercitadelle wird allerdings wesentlich erleichtert, wenn dem Königthum die Verpflichtung auferlegt wird, stets incognito zu bleiben; es darf nicht genannt werden, es darf seinen Namen nicht laut nennen, es darf nur mit einer ministeriellen Maske vor Ihnen erscheinen — da ist jeder Angriff außerordentlich viel leichter. In einem monarchisch gesinnten Volke wie das unsrige kann man bei den Wahlen das leicht erreichen, daß das Volk sich die Minister getrennt und isolirt von dem Könige denkt, und dahinter den König, der zwar unterschrieben hat, weil er gerade keinen Ministerwechsel wollte, aber doch mit seinem Herzen, mit seiner Ueberzeugung, mit seinen Traditionen nicht bei der Sache ist. Wenn das geglaubt wird, so ist es sehr leicht dem Volke zu sagen: „Was hat das Volk an mir und meinen Collegen! Es sind unbekannte Leute!" Man sieht auch recht gern einen Wechsel, zwanzig Jahre derselbe Minister ist sehr langweilig; aber sobald von dem Könige

die Rede ist, müssen die Herren schon ganz andere Glacé-handschuhe anziehen, wenn sie die Regierung in dem Maaße herunterreißen wollen, wie es geschehen ist. Die politische Brunnenvergiftung, möchte ich sagen, wie sie bei den Wahlen stattgefunden hat, ist gar nicht möglich, wenn alle die Verdächtigungen, deren die Regierung geziehen wird, nicht den unglücklichen Reichskanzler, sondern den König von Preußen, den deutschen Kaiser treffen — da würde man ja gar nicht den Muth haben, diesen Unsinn in die Welt zu schicken.

Reichstag, 24. Januar 1882.

* * *

Daß eine parlamentarische Mehrheit denselben ernsten Willen haben soll wie der König von Preußen, ist ja gar nicht zu verlangen; denn die Mehrheit hat viele Herzen, aber nicht ein Herz; ein König hat ein Herz für das Wohl seines Volkes.

Reichstag, 12. Juni 1882.

* * *

Bei der Berathung des Tabakmonopols.

Ich komme jetzt zu dem Vorwurf des Socialismus. Meiner Ansicht nach müßte sich der Staat überhaupt etwas mehr Socialismus angewöhnen, und müßte dem notorischen Bedürfnisse auch auf dem Gebiete der socialen Reformen entgegen kommen, wenn wir dieselben Principien befolgen wollen, wie beispielsweise es die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung bezüglich der Emancipation der Bauern gethan hat. Das war auch Socialismus. Wir werden genöthigt sein, unserm Medicament für den Staat ein paar Tropfen socialen Oels zuzusetzen, wie viel, das weiß ich nicht,

aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachlässigung, wenn wir diese Frage ganz außer Acht ließen. Socialistisch ist jede Organisation von Verbänden, jede Ueberweisung an bestimmte Verbände, weil der eine oder der andere, oder die Gemeinsamkeit besser arbeiten können, als der Einzelne. Socialistisch ist die ganze Armenpflege, und ich könnte das socialistische Register noch weiter ausführen. Wenn Sie aber denken, mit dem Schreckensworte „socialistisch" mich zu schrecken, so kann ich nur sagen, daß ich diese Gespensterfurcht längst überwunden habe. Reichstag, 12. Juni 1882.

* * *

Einen Minister, welcher noch so mächtig ist, kann die Mehrheit niederstimmen, aber einen an sich richtigen Gedanken kann man nicht auf die Dauer niederstimmen .... Wohl oder übel, wir müssen diese Reform schaffen, wenn wir auch in dieser Beziehung die reine Wäsche einer civilisirten Nation tragen wollen.

Reichstag, 12. Juni 1882.

* * *

Wir würden ja vielleicht die Unterstützung dieser oder jener Fraction erhalten können, wenn wir uns in ihren Dienst begeben wollten, wenn wir so zu sagen nach Canossa gingen — es muß nicht ein klerikales Canossa sein, es kann auch ein liberales Canossa sein.

Reichstag, 12. Juni 1882.

* * *

Für den Einzelnen, der in das Parlament eintritt und der nicht das politische Capital besitzt, um allein gegenüber den Interessen der Allgemeinheit sich zurecht zu finden, ist

der Eintritt in eine Fraction ein unbestrittener Vortheil; da ist die Anlehnung an eine Fraction eine wohlthuende Unterstützung. Die Regierung kann damit nicht rechnen, aber der Einzelne kann sagen: „Hier und da bin ich nicht schuld; hier hat das Fractionsinteresse geboten, so oder so zu handeln, die Mehrheit hat es beschlossen". Es ist aber ein großer politischer Fehler, daß unsere politisch veranlagten Männer durch die Fractionspolitik dem Staatswesen entzogen werden. Stellte sich nun die Regierung in den Dienst einer Partei, so würde sie damit von ihr abhängig, abhängig von der Wahlfurcht, und es würde sehr bald heißen: wenn unserem Parteiführer nicht dieses oder jenes Zugeständniß gemacht wird, dann muß unsere Partei der Regierung Opposition machen. Für mich bilden die Fractionen einen Ring, den ich nicht durchbrechen kann und auch nicht einmal zu durchbrechen versuchen mag. Ich steige immer mehr von der Bühne in das Parterre des Zuschauers herunter, der ruhig mit ansehen muß, wie die Dinge sich entwickeln. Ich habe mehr und mehr den Eindruck gewonnen, daß sich unter der Einwirkung der Fractionen der allgemeine Blick für die Gesammtheit verliert.

Reichstag, 12. Juni 1882.

* * *

Am Schlusse der zweistündigen Rede für das Tabaksmonopol.

Sie können wohl zu der Frage kommen: wie kommt nur dieser matte Greis, dieser abgemüdete Mann dazu, eine so lange Rede zu halten. Nun, Sie wissen es alle, freiwillig stehe ich hier nicht vor Ihnen; was mich veranlaßt noch immer vor Sie zu treten, das ist der Befehl meines

kaiserlichen Herrn und weil ich mit Besorgniß der Zukunft der Einrichtungen entgegensehe, deren Herstellung ich mich gewidmet habe. Ich war 1877 bereit zu gehen, es ist mir damals die Erlaubniß versagt worden, und nachdem ich nach dem Nobiling'schen Attentat meinen Herrn und König in seinem Blute liegen sah, habe ich mir gesagt, daß ich gegen den Willen meines Herrn, der seiner Pflicht vor Gott und den Menschen Leib und Leben gewissermaßen geopfert hatte, nicht aus dem Dienste scheide. Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten nicht des Gedankens erwehren, daß ich mich vielleicht noch einmal wieder auf dem mir wohlbekannten Frankfurter Bundestage sehen könnte. Die Art, wie die Geschäfte jetzt gehen, schließt die Möglichkeit nicht aus. Als ich die Verfassung geschaffen habe, handelte ich unter dem Eindrucke: die Gefahr für unsere Einheit liegt in den Dynastien, ihr Anker liegt im Reiche, deshalb muß man dem Reiche möglichst viele Rechte geben, möglichst viele Reichsstellen schaffen. Heute beruht mein Vertrauen auf unsre Zukunft vorzugsweise auf den Dynastien. Dieselben haben das Bedürfniß Rücken an Rücken gegen alle ausländischen Gefahren zusammen zu stehen, aber auch ihre monarchischen Rechte, soweit sie verfassungsmäßig bestehen, nicht untergraben zu lassen. Wir haben feste Verbindungen mit denjenigen außerhalb des deutschen Reiches belegenen großen Monarchien, welche gleiche Interessen mit uns vertreten, erhaltende und friedliche, und ich glaube auch, daß sich die Verbindung zweier Reiche, wie sie im Jahre 1848 und später erstrebt wurde, vielleicht ohne den besten Glauben an ihre Beständigkeit, immer schärfer ausprägen und immer

deutlicher gestalten und daß inmitten von Europa eine feste Gewalt sein wird, und zu den deutschen Dynastien habe ich das Vertrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hoch halten, daß sie ihrerseits unverbrüchlich darauf halten werden, die politische und militärische Einheit des Reiches zu sichern, und jeder Versuchung widerstehen werden, daran zu rütteln, und uns dann vielleicht über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und die Thätigkeit im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fractionskrankheit leiden sollte. Dann, meine Herren, habe ich Vertrauen zu unsern Dynastien, ich habe Vertrauen zu der Einigkeit, und Einigkeit ist die Vorbedingung zur nationalen Unabhängigkeit. Deshalb, meine Herren, hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser deutsches Parteileben bei der unglücklichen Zanksucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Popularitätsdienerei, wie sie bei uns eingerissen ist, ausgesetzt ist. Ich werde nicht mehr oft zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse, aber ich möchte nicht von der Tribüne abtreten, ohne Ihnen das ans Herz zu legen: seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken in Europa leuchten. Er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen. Reichstag, 12. Juni 1882.

* * *

Der Vorwurf, daß ich mit dem Parlament nicht leben könnte, trifft mich denn doch mit Unrecht. Wo fände sich ein Minister, der wie ich zwanzig Jahre am Ruder ver-

blieben wäre? Den finden Sie nicht bei uns und nicht im Ausland. Wenn ich also mit einem Parlament nicht leben könnte, so hätte ich ja längst gehen müssen, dann hätte ich es so weit gar nicht bringen können. So ganz feudal muß ich also doch wohl nicht sein, dies ergibt sich schon aus dem einfachen Factum. Mit einem Parlament freilich, das eine Majorität von „Richtern" hat, mit dem kann ich nicht regieren, mit dem kann kein Mensch regieren.

Reichstag, 14. Juni 1882.

* * *

Es ist leichter, Alles herunterzureißen und zu bekritteln, als selbst etwas Positives vorzubringen, nach dem Princip: ich habe keine Meinung, so lange die Regierung keine hat, hat aber die Regierung eine Meinung, dann habe ich auch eine Meinung, indem ich widerspreche; es wird abgewartet, welche Karte die Regierung ausspielt, um dann dagegen zu spielen; davon könnte aber nur jemand sich ermüden lassen, der weniger Patriotismus und Aufopferungsfähigkeit besäße als ich. Mich schreckt diese Zwickmühle nicht zurück.

Reichstag, 14. Juni 1882.

* * *

Damit, daß wir unser System gegenseitig für falsch erklären, kommen wir nicht weiter, das ist etwas ganz Selbstverständliches. Wir plaidiren beide für unsere Sache vor der Nation — vor der Nation, wie sie in den nächsten zehn Jahren sein wird. Meine Politik reicht weiter als bis zu den nächsten Wahlen; wenn ich diese hätte fürchten sollen, hätte ich mich überhaupt nicht auf Politik eingelassen.

Reichstag, 14. Juni 1882.

* * *

Neben dem Majoritätsprincip erkenne ich das Princip der Intelligenz, der vernünftigen Erwägung der Steuergesetze und das Princip des monarchischen Einflusses an, und wenn nach meiner Meinung die Vernünftigkeit einer Vorlage mit der moralischen Autorisation übereinstimmt, dann bringe ich sie und kämpfe für sie.

Reichstag, 14. Juni 1882.

* * *

Es gibt kaum ein Wort heutzutage, mit dem mehr Mißbrauch getrieben wird, als mit dem Worte „frei", und dabei hat es immer noch mehr Zauber, wenn es vor irgend ein anderes Adjectiv gesetzt wird. Meiner Erfahrung nach versteht jeder unter „Freiheit" nur die Freiheit für sich selbst und nicht die für andere, sowie die Verpflichtung der Anderen, sich jeder Beschränkung der Freiheit des Empfindenden absolut zu enthalten. Kurz, sie verstehen unter „Freiheit" eigentlich „Herrschaft", unter „Freiheit der Rede" verstehen sie „Herrschaft der Redner", unter „Freiheit der Presse" verstehen sie den vorherrschenden und vorwiegenden Einfluß der Redactionen und der Zeitungen. Ja, selbst, meine Herren, ich spreche dabei nicht confessionell, in allen Confessionen findet es sehr häufig statt, daß unter „Freiheit der Kirche" die Herrschaft der Priester verstanden wird, ich nehme unsere Confession nicht aus. Ich bin weit entfernt, dabei an den Culturkampf oder an menschliche Schwächen überhaupt rühren zu wollen; von der menschlichen Schwäche will ich nicht reden, sondern von der menschlichen Gewohnheit, die eben die Bedeutung der eigenen Person, die Herrschaft der einzelnen Person und ihren Einfluß über die All-

gemeinheit stellt unter dem Vorwande, daß die Freiheit es fordere. Das ist ja in unserer deutschen Geschichte markanter ausgeführt, als in irgend einer anderen. Wie scharf ist nicht in den Jahrhunderten des Verfalls des Deutschen Reiches immer die germanische Freiheit accentuirt worden! Was war denn darunter zu verstehen? Die Freiheit der Fürsten vom Kaiser und die Herrschaft des Adels über die Leibeigenen! Sie wollten ihrerseits frei sein, d. h. frei sein war bei ihnen und auch bei anderen mit dem Begriff „herrschen" identisch, sie fühlten sich nicht frei, wenn sie nicht herrschten.

Ich bin in keiner Weise für eine absolutistische Regierung, ich halte eine richtig geübte parlamentarische Mitwirkung für ebenso nothwendig und nützlich, wie ich eine parlamentarische Herrschaft für schädlich und unmöglich halte. Das Parlament soll Uebel verhindern können; es soll die Gefahren, die bei einer monarchischen Regierung und bei jeder Regierung mit Verschwendung, mit bureaukratischer Beschränktheit und Auffassung vom grünen Tisch, mit Protectionswesen, männlichem und weiblichem, verbunden sein können — denen soll es sein Veto entgegensetzen können. Es soll verhindern können, daß schlechte Gesetze gemacht werden, es soll verhindern können, daß das Geld des Landes verschwendet wird; aber regieren kann es nicht. Ich weiß auch nicht, was man an die Stelle eines Parlaments setzen würde, um den Gefahren, mit denen eine unparlamentarische, eine Regierung ohne Oeffentlichkeit, ohne Preßfreiheit verbunden wäre, vorzubeugen. Ich meine das vollständig ernsthaft. Ich bin überhaupt kein Parteimann und kein Parteikämpfer — und wenn ich in dergleichen ver-

falle, so kommt das davon, weil der Widerspruch gegen mich immer vom Parteistandpunkte geführt wird; deshalb muß ich nothwendigerweise mich auf diese Basis stellen. Meine Befürchtung für die Zukunft ist, daß das deutsche Reich, das die verbündeten Fürsten und Freien Städte, das das Heer und das die preußische Dynastie geschaffen haben, wenn wir die Unterstützung des Parlaments, deren wir bedürfen, nicht erreichen können, wenn sie überhaupt nicht zu haben ist, für Niemand und für keine Seite im vollen Maße einer Majorität — daß das deutsche Reich wirklich Gefahr läuft, daß es durch Reden und Presse, durch Nichtvertrauen wieder auseinander falle oder wenigstens doch in seinen Bestandtheilen so locker werde, daß keine sehr großen europäischen Krisen dazu gehören, um dem Bau, auf dem Sie Kämpfe ausführen, als ob Sie auf Felsengrund, der in der Natur gewachsen ist, stünden — Risse und Erschütterungen beizubringen. Ich hoffe meinerseits, die Verwirklichung dieser meiner Befürchtung nicht zu erleben. Aber wir sind, wenn wir auf diese Weise fortfahren mit dieser Leidenschaftlichkeit der Parteikämpfe unter einander, mit dieser Zerrissenheit der Parteien, auf dem besten Wege, den cementirten Bau, den die Thaten unseres Heeres und die Politik unseres Kaisers geschaffen haben, zu erschüttern; wenn wir ihn auch nicht zertrümmern, so schwächen wir ihn doch in einer Weise, daß er die imponirende Stellung, die er jetzt in Europa hat, und das Vertrauen verliert und ich kann nicht unterlassen, meine warnende Stimme vor der Fortsetzung dieses Krieges zu erheben.

Reichstag, 15. März 1884.

* * *

Ich will nur die wichtigste Frage beantworten, die Frage nach dem Recht nach Arbeit. Ich für meinen Theil erkenne dieses Recht unbedingt an und stehe dafür ein, so lange ich auf diesem Platze bin. Damit stehe ich auf dem Boden des preußischen Landrechts. Da steht in einem Artikel, daß es dem Staat zukomme, für diejenigen Bürger zu sorgen, die nicht im Stande sind, ihren Unterhalt zu verdienen. Es ist ferner da gesagt, daß denjenigen, welchen Mittel und Gelegenheit, ihren Unterhalt zu verdienen, mangeln, ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeiten zugewiesen werden sollen. Das ist in Preußen offen proclamirtes Recht, es liegt auch in unseren ganzen christlichen Verhältnissen begründet, daß der Mann, der keine Arbeit finden kann, berechtigt ist, zu verlangen: gebt mir Arbeit! und daß der Staat verpflichtet ist, ihm Arbeit zu verschaffen. Reichstag, 9. Mai 1884.

* * *

Ich will mich dahin resumiren: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist." Wenn Sie das thun und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssocialismus schreien, sobald jemand das Wort „Altersversorgung" ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm (die Socialisten) ihre Lockpfeife vergebens blasen werden, daß der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindern wird, sobald die Arbeiter sehen, daß es den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge um ihr Wohl ernst ist. Reichstag, 9. Mai 1884.

* * *

Ich glaube, daß man Colonialprojecte nicht künstlich schaffen kann, und alle Beispiele, die man als abschreckend anführte, waren darauf zurückzuführen, daß dieser falsche Weg eingeschlagen war, daß man gewissermaßen einen Hafen hatte bauen wollen, wo noch kein Verkehr war, eine Stadt hatte bauen wollen, wo noch die Bewohner fehlten, wo dieselben erst künstlich herbeigezogen werden sollten. Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig, und zweitens, ob es die Pflicht des deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Unterthanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihülfen in ihren Colonisationsbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesammten deutschen Körpers naturgemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich, allerdings mit weniger Sicherheit vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit — ich kann nicht voraussehen, was daraus wird — aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. Ich kann mich dem nicht entziehen. Ich bin mit einem gewissen Zögern an die Sache herangetreten und habe mich gefragt: womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich diesen afrikanischen Unternehmern, über deren Muth — ich habe die Herren persönlich gesprochen — über deren Schneidigkeit, über deren Begeisterung für ihre Aufgabe ich mich herzlich gefreut habe — ich sage, womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich ihnen sagen wollte: Das ist alles sehr schön, aber das deutsche Reich ist dazu nicht stark genug, es würde das Uebelwollen anderer Staaten

auf sich ziehen, es käme in unangenehme Berührung mit anderen, es würde Nasenstüber bekommen, für die es keine Vergeltung hätte; dazu ist unsere Flotte nicht stark genug! Ich muß sagen, daß ich als der erste Kanzler des neugeschaffenen Reiches doch eine gewisse Schüchternheit empfand, eine Abneigung, mich so auszusprechen; und selbst wenn ich an diese unsere Schwäche und Unfähigkeit geglaubt hätte, ich würde mich genirt haben, den Hülfesuchenden offen zu sagen: Wir sind zu arm, wir sind zu schwach, wir sind zu furchtsam, für euren Anschluß an das Reich euch Hülfe vom Reiche zu gewähren. Ich habe nicht den Muth gehabt, diese Bankerotterklärung der deutschen Nation auf überseeische Unternehmen den Unternehmern gegenüber als Reichskanzler auszusprechen. Wohl aber habe ich mich sehr sorgfältig bemüht, ausfindig zu machen, ob wir nicht in unberechtigter Weise in wohlerworbene ältere Rechte anderer Nationen eingriffen, und die Bemühungen, mich darüber zu vergewissern, haben mehr als ein halbes Jahr erfordert.... Die Achtung wohlerworbener Rechte ist jederzeit unsere Absicht gewesen, wie wir überhaupt in keine exclusive Colonialpolitik einzutreten gedenken, wie leider andere weniger mächtige Staaten als England sie ausüben und dadurch das Aufblühen und den Handel ihrer Colonien unterdrücken. Ich glaube, soweit wir überhaupt eine Colonialpolitik treiben, wird sie selbst die Zufriedenheit der veränderlichen Parteien in unserem Lande sich zu erwerben vermögen .... Meine von Sr. Majestät gebilligte Absicht ist, die Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Colonien ebenso wie ihr Entstehen der Thätigkeit und dem Unternehmungs-

geiste unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen, und weniger in der Form der Annectirung von überseeischen Provinzen an das deutsche Reich vorzugehen, als in der Form der Gewährung von Freibriefen nach Gestalt der englischen Royal charters, im Anschluß an die ruhmreiche Laufbahn, welche die englische Kaufmannschaft bei Gründung der ostindischen Compagnie zurückgelegt hat, den Interessenten der Colonie zugleich das Regieren derselben im wesentlichen zu überlassen und ihnen nur die Möglichkeit europäischer Jurisdiction für Europäer und desjenigen Schutzes zu gewähren, den wir ohne stehende Garnison dort leisten können . . . Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen, aber in der höchsten Entwicklung, auch solche, die sich eine Souveränetät, eine schließlich dem deutschen Reiche lehnbar bleibende, unter seiner Protection stehende kaufmännische Souveränetät erwerben, zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus ihrer unmittelbaren Nachbarschaft als auch gegen Bedrückungen und Schädigung von Seiten anderer europäischer Mächte. Im übrigen hoffen wir, daß der Baum durch die Thätigkeit der Gärtner, die ihn pflanzten, auch im Ganzen gedeihen wird, und wenn er es nicht thut, so ist die Pflanze eine verfehlte, und es trifft der Schaden weniger das Reich — denn die Kosten sind nicht bedeutend, die wir verlangen — sondern die Unternehmer, die sich in ihren Unternehmungen vergriffen haben. Das ist der Unterschied: bei dem französischen System will die Staatsregierung jedesmal beurtheilen, ob das Unternehmen ein richtiges ist und ein Gedeihen in-

Aussicht stellt; bei diesem System überlassen wir dem Handel, dem Privatmann die Wahl, und wenn wir sehen, daß der Baum Wurzel schlägt, anwächst und gedeiht und den Schutz des Reiches anruft, so stehen wir ihm bei.

Reichstag, 26. Juni 1884.

* * *

Ich bekämpfe immer das Parteiwesen; mein dringender Wunsch wäre, daß alles Fractionswesen verschwände und bei Strafe verboten würde; aber ich werde das nicht erreichen. In antiken Gesetzgebungen, wo das öffentliche Wohl zwingender an der Spitze aller Aufgaben stand, wäre es möglich gewesen, Besprechungen und Fractionsvereinigungen zu gemeinschaftlicher Abstimmung bei Strafe zu verbieten. Es hat das auch seine zwei Seiten, wie alle Sachen; aber ich finde die eine Seite bei uns, die Seite der Fractionspolitik in steigender Progression so accentuirt, daß die Gesammtheit schließlich nicht mehr zu ihrem Rechte kommt und die Existenz der Fractionen an und für sich ein an dem Wohle des Vaterlandes fressendes Uebel ist.

Reichstag, 26. Juni 1884.

* * *

Ich bin kein Freund der Auswanderung im allgemeinen und namentlich nicht der krankhaften Beförderung der Auswanderung, die wir in den ersten Jahren des deutschen Reiches gehabt haben — unter meiner Unterschrift, gebe ich ja zu, aber ich habe damals dieser Sache meine Aufmerksamkeit nicht zugewendet. Ich kämpfe gegen die Beförderung der Auswanderung; ein Deutscher, der sein

Vaterland abstreift wie einen alten Rock, ist für mich kein Deutscher mehr, ich habe kein landsmannschaftliches Interesse mehr für ihn, und wenn die Beförderung der Correspondenz und des Verkehrs und unseres Exportes eine Beförderung der Auswanderung sein würde, so würde dies ein Grund dagegen sein, aber — ich habe gerade das Wort Export gebraucht — der Export ist ein Mittel, die Auswanderung zu hindern. Es ist eine auffällige Thatsache, daß gerade die bevölkerten Landstriche Deutschlands, die wir die industriellen nennen dürfen, von der Auswanderung so gut wie frei sind und daß diejenigen Landstriche, in denen keine Industrie ist, die baltischen Provinzen und die, welche in ähnlichem Culturstande sind, Posen und Mecklenburg, das Hauptcontingent der Auswanderer liefern. Geben Sie denen Industrie, geben Sie denen Export, geben Sie denen Schutzzölle, und die Leute werden nicht mehr auswandern. Gerade die Förderung des Exports, die Förderung der Verbindung und womöglich thatsächliche Förderung einer sicheren Verbindung hindert die Auswanderung. Reichstag, 26. Juni 1884.

* * *

Bei der Berathung der Zolltarifnovelle.

Ich verlange nur Schutz für einen Erwerbszweig der großen Majorität der Mitbürger; — Sie haben ja, wenigstens die meisten Herren, eine so große Achtung vor der Majorität, Ihnen imponirt die Majorität: warum imponirt sie Ihnen in der Landwirthschaft nicht, in den landwirthschaftlichen Arbeitern? Das ist mir unverständlich. Ist das nicht eine

Geringschätzung der „Majestät des Volkes“, wie mir neulich vorgeworfen ist, weil ich mir von einer Majorität, die nicht aus dem gleichen Gedanken des Volkes hervorgegangen ist, sondern aus einer zufälligen Uebereinstimmung in der Negation — weil ich mir von der nicht imponiren lassen wollte? Es ist mir in der ungerechtesten Weise von der Welt vorgeworfen, daß ich mir — von der Majestät des Volkes will ich nicht reden — aber von dem Volk nicht imponiren lassen könne. Majestät hat für mich der Kaiser, sonst Niemand.

Reichstag, 10. Febr. 1885.

* * *

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat einen erheblichen Theil seiner Rede dazu verwandt, um mir Widersprüche mit irgend welchen früheren Reden oder Aeußerungen nachzuweisen oder dieselben in Widerspruch mit der Vorlage zu bringen. Meine Herren, das ist ja ein ganz unfruchtbares Beginnen, das ändert den Werth der Vorlage in keiner Weise. Ich habe das schon oft gesagt: ich könnte ja die größten Thorheiten gesagt haben, ich könnte meine Meinungen geändert haben. Es ändert an dem objectiven Werth der Vorlage für das Reich und seine Interessen nicht das Mindeste, wenn mir der Herr Abgeordnete nachweist, daß ich mit früheren Aeußerungen in Widerspruch getreten bin.

Reichstag, 12. Februar 1885.

* * *

Der Redner ist auf die fable convenue zurückgekommen, als zeichnete ich mich dadurch vor allen andern Menschen aus, daß ich meine Ansichten alle Jahre wechselte. „Das können wir nicht; was wir einmal gesagt haben, daran

halten wir fest und bleiben dabei bestehen, und wenn wir auch hundertmal deutlich erkennen, daß das von uns Behauptete nicht richtig ist." Als Minister würde ich aber verrätherisch an meinem Vaterlande handeln, wenn ich mich ebenso jeder bessern Einsicht verschließen wollte. Ich blieb mir darin immer gleich, daß ich in meinem Dienste, den ich Seiner Majestät und dem Vaterlande leiste, immer überlege, was ist das Nützlichste, Praktischste und Zweckmäßigste. Das braucht nicht immer dasselbe zu sein, es kann sein, daß wir heute etwas leicht erringen könnten, wofür wir uns vor 20 Jahren große Mühe gaben, was wir aber heute gar nicht erstreben, weil es heut zu Tage nicht mehr anwendbar ist, Also das ist eine unfruchtbare und todte Demonstration, die sich mit dem Gefühl der eigenen Unfehlbarkeit dem Nutzen des Vaterlandes verschließt und sagt: „Pereat mundus, aber ich bleibe consequent bei meiner Meinung stehen. Es ist mir ganz egal, ob das Vaterland davon Schaden hat oder nicht." Reichstag, 16. Februar 1885.

* * *

Ich kann es doch nur für einen Irrthum in der Schätzung halten, wenn England uns unsere bescheidenen Colonialversuche mißgönnt. Wenn man auch geneigt ist, auf die Stimmung jedes einzelnen Colonialrheders und Kaufmanns englischer Nation Rücksicht zu nehmen, so kann ich doch nicht glauben, daß man die Art, unserer Colonialpolitik entgegenzuwirken, wie sie sich in Kamerun sowohl wie in Australien, in Neu-Guinea, in Fidschi und an anderen Orten gezeigt hat, beibehalten werde. Ohne Rücksicht auf die

Stimmung zu nehmen, in welche die deutsche Nation dadurch versetzt wird bei den fremden Nationen, machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen, wie aus der Saat der Drachenzähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber, daß sich dann auch stets irgend ein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie über einander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabeistehen kann und zusehen, wie die deutschen gewappneten Recken sich unter einander bekämpfen. Es liegt eine eigenthümliche prophetische Voraussicht in unserem alten nationalen Mythus, daß, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder, wie der verstorbene College Völk sich ausdrückte, anbricht, daß dann stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen resp. niederzustimmen. Reichstag, 2. März 1885.

* * *

Ich habe mir neulich gestattet, eine Erinnerung aus der alten germanischen Mythologie zu citiren, bei der ich das Wort „Völkerfrühling" gebrauchte. Ich fürchte, daß ich dabei dunkler geblieben bin, als wünschenswerth ist und bedaure, daß ich mich nicht deutlicher ausgedrückt habe über das, was ich meinte. Es liegt überhaupt nicht in meiner Gewohnheit, solche mythologische Anspielungen weit auszuspinnen, Es ist das etwas, was mich — ich kann es nicht leugnen — in den letzten 20 Jahren ununterbrochen bedrückt und beunruhigt

hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Götterfrage. Ich habe unter dem Begriff „Völkerfrühling" etwas Anderes verstanden, als die Colonialpolitik; diese Auffassung ist, ich will nicht sagen, zu niedrig, aber zu kurz in der Zeit gegriffen. Ich habe unter dem Völkerfrühling die ganze Zeit verstanden, in der sich, ich kann wohl sagen, Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 so reichlich ausgeschüttet hat — eine Periode, die mit einem bedauerlichen Bürgerkriege begonnen hat, der zur Lösung des festgeschlungenen gordischen Knotens unvermeidlich war, welcher Schlag ohne die schlimmen Folgen, die man davon befürchten durfte, überstanden wurde. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war bei uns im Süden wie im Norden so groß, das mit der Ueberzeugung, daß diese chirurgische Operation zur Heilung unserer deutschen Erbkrankheiten nothwendig war, sobald sie sich einmal Bahn brach, auch aller Groll verschwand, und wir konnten uns schon im Jahre 1870 überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch den Eindruck der Erinnerung dieses Bürgerkrieges nicht gestört wurde, und daß wir wirklich als ein einig Volk von Brüdern dem Angriff des Auslandes gegenübertreten konnten. Daß wir die alten Grenzlande wiedergewannen, daß wir ein einiges Deutschland erhielten, einen deutschen Reichstag und einen deutschen Kaiser — das schwebte mir als unser Völkerfrühling vor, nicht die heutige Colonialpolitik; diese ist nur eine Episode. Unser Völkerfrühling hielt noch einige Jahre nach dem Kriege vor; ich weiß nicht, ob der Milliardensegen ihn erstickte, aber dann kam das, was ich unter dem Begriff Loki verstand: der alte

deutsche Parteihader, der in dynastischen, konfessionellen und Stammesverschiedenheiten begründet ist, und welcher sich wieder übertrug auf unsern Parlamentarismus, und dadurch sind wir in solchen Zuständen des öffentlichen Lebens wieder angekommen, daß die deutschen Regierungen wohl treu zusammenhalten, in unserm Parlament aber der Hort der deutschen Einheit, den ich darin gesucht und erhofft habe, nicht zu finden ist. Der Parteizwist überwuchert, und wenn dieser Parteizwist mit seiner Loki-Stimme an den Hödur, den Urwähler, appellirt, das eigene Vaterland zu erschlagen, so ist er es, den ich anklage vor Gott und vor der Geschichte, wenn der alte Loki das ganze herrliche Werk der deutschen Nation von 1866 bis 1870 vernichten will, wenn er mit der Feder vernichten will, was durch das Schwert geschaffen ist.

Reichstag, 13. März 1885.

Druck von J. G. Findel in Leipzig.

Druck von J. G. Findel in Leipzig.

Bögl